

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Einzelzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 7. Februar 1931

35. Jahrgang

Nummer 6

### Wirtschaftskrise und Steuerzahlung

Die dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufallenden Aufgaben haben sich unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges beträchtlich erhöht. Dementsprechend sind auch die Steueranforderungen gestiegen. Die Klagen über die wachsenden und immer unertäglicher werdenden Steuerlasten sind daher allgemein. Verbirgt sich hinter diesen Klagen auch vielfach Demagogie und Heuchelei, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß sich infolge der noch mit unverminderter Schärfe bestehenden Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zahlreiche Einkommen erheblich vermindert haben, was die Aufbringung der Steuern außerordentlich erschwert. Wollte man freilich den aus den bestehenden Kreisen erhobenen Klagen Glauben schenken, dann hätten diese am meisten unter dem bestehenden Zustand zu leiden, wie denn auch gerade von jener Seite am nachdrücklichsten Steuererleichterungen gefordert werden. Die Reichsregierung hat diesen Forderungen weitgehend Rechnung getragen, ohne damit jedoch die erwartete Anerkennung zu finden. Das ist bei der Einstellung dieser Kreise, die an Begehrlichkeit nicht überboten werden können, nicht verwunderlich. Handelt man dort doch seit jeher nach dem Grundsatz, daß Nehmen seliger als Geben ist, weshalb man auch die Tragung der notwendigen Steuerlasten möglichst den anderen, insbesondere den arbeitenden Volksschichten, überläßt. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien bietet hierfür recht drastische Belege.

Das geht auch von neuem aus der statistischen Zusammenstellung des Reichsfinanzministeriums über den Stand der Erhebung und Beitreibung von Steuern und Zöllen für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1930 hervor, die vor kurzem dem Reichstag zugeleitet wurde. Nach dieser Zusammenstellung ergeben sich für die gemeinsamen Steuern, die auf dem Gebiet der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Gesamtbetrage von 3065,9 Millionen Mark an Rückständen nicht weniger als 684,4 Millionen. Hieron wurden gestundet 420,2 Millionen, erlassen oder niederge schlagen 41,4 Millionen Mark. Die Rückstände betragen hiernach 18,6 Prozent des vorgesehenen Steueraufkommens. Gegenüber dem Stand vom 1. April bis 30. September 1929 haben sich die Steuerrückstände um 28,1 Millionen Mark vermehrt, was in der offiziellen Erklärung hierzu auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückgeführt wird.

Hierin wird man berechtigte Zweifel setzen können. Zergliedert man nämlich die Steuerrückstände nach den Steuerarten, so zeigt sich vielfach etwas ganz anderes und gelangt man zu sehr lehrreichen Aufschlüssen. Der Vergleich des Steueraufkommens an veranlagter Einkommensteuer, also ohne Lohnsteuer, zeigt z. B., daß bei 639 Millionen Steueraufkommen 217,6 Millionen, demnach rund 34 Prozent Rückstände zu verzeichnen waren. Es wurde somit über ein Drittel der veranlagten und fälligen Einkommensteuer nicht abgeführt. Demgegenüber betragen die Rückstände aus der Lohnsteuer bei einem Gesamtaufkommen von 673,4 Millionen nur 3,4 Millionen Mark. Das sind nur ganze 0,5 Prozent Berücksichtigt man, daß die Lohnsteuerpflichtigen im gleichen Maße, ja noch wesentlich schwerer unter der herrschenden Wirtschaftskrise zu leiden haben, ohne daß ihnen die Möglichkeit zur Verfügung steht, sich ebenso wie die übrigen Einkommensteuerpflichtigen von der Steuerzahlung zu drücken, so kann die offizielle Erklärung nicht zutreffen. Wir haben vielmehr wieder ein Beispiel vor uns, in wie skrupelloser Weise von jener Seite die Steuerpflicht zu umgehen und hinauf zu machen versucht wird. Diese Tatsache findet ihre weitere Illustration darin, daß von der rückständigen veranlagten Einkommensteuer rund 53 Prozent, bei der Lohnsteuer dagegen 15 Prozent gestundet worden sind.

Damit nicht genug, sind bei der Körperschaftsteuer mit einem Aufkommen von 285,5 Millionen Mark insgesamt 67,5 Millionen rückständig, hiervon 53,9 Millionen gestundet. Die Rückstände bei der Umsatzsteuer mit einem Aufkommen von 483,6 Millionen betragen 70 Millionen, obwohl diese Beträge von den Steuerpflichtigen bereits vereinnahmt wurden, da sie der Konsument beim Einkauf bezahlt und somit keine Rückstände vorhanden sein dürften. Die Vermögenssteuer weist bei einem Aufkommen von 261,6 Millionen Rückstände in Höhe von 50 Millionen auf. Nicht besser liegen die Verhältnisse bei der Erbschafts-, Gesellschafts- und Obligationsteuer, bei denen die Rückstände die bisher eingegangenen Steuern um das Mehrfache übertreffen. So gingen bei der Erbschaftsteuer ein 38,7 Millionen. Im Rückstand befinden sich 81,4 Millionen, was sich aus den gesetzlichen Vorschriften erklärt, die eine Stundung bis zu 20 Jahren vorsehen. Die Gesellschaftsteuer erbrachte 17,6 Millionen. Rückständig sind 25,5 Millionen Mark. Desgleichen stehen den Einnahmen aus der Obligationsteuer mit 5,4 Millionen 13,2 Millionen Mark Rückstände gegenüber.

Etwas günstiger sind die Verhältnisse bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben. Hier ergeben sich für die in Betracht kommende Zeit bei einem Gesamtaufkommen von 1492,4 Millionen 86,8 Millionen Rückstände, von denen 30,1 Millionen gestundet, 10,4 Millionen niederge schlagen wurden. In diesem Zusammenhange muß auch auf die bestehende Kapitalflucht hingewiesen werden, die zum erheblichen Teile als Ausfluß der bei den Bestehenden herrschenden Steuerscheu zu betrachten ist. Nicht nur, daß dem deutschen Kapitalmarkt dadurch dieser Milliarden Mark verloren gehen, hat auch der Steuerfiskus erhebliche, in die Hunderte von Millionen gehende Steuerausfälle zu erleiden. Zusammen mit den rückständigen Steuern würde die sich ergebende Summe dieser Ausfälle ohne weiteres hinreichen, den Reichshaushalt ohne Gehaltskürzungen und ohne neue Steuern auszugleichen und den Reichsfinanzminister von den Sorgen über das zu bedeckende Defizit befreien.

Wie in anderen Fällen, versuchen es auch hier die bestehenden Kreise, sich in gerabegte skandalöse Weise ihren Verpflichtungen zu entziehen und diese den ärmeren Volksschichten aufzuladen. Zu dem gleichen Zwecke treten sie für den Lohn- und Gehaltsabbau ein. Sie sind mit dem bisher erzielten Erfolg nicht zufrieden, sondern wollen die Schröpfung der Lohn- und Gehaltsempfänger noch weiter fortsetzen, die diesen Bestrebungen entschiedenen Widerstand

### Neuwahl der Betriebsvertretungen 1931

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1931 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB und den Ortskartellen des Afa-Bundes

in den Monaten Februar bis März 1931

gemeinsam durchzuführen.

Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vorzunehmen, und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1930 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft handeln nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Nach einer Vereinbarung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsrateneuwahlen 1931 für den Bergbau in der Zeit vom 24. bis 26. März 1931 statt.

Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue, außerordentlich schwierige Situation

gestellt. Als Folge der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir wie in anderen Industriestaaten auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzweiflung, die infolgedessen große Schichten von Arbeitern und Angestellten erfaßt hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechtes eingetreten.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

entgegensehen müssen. Zugleich haben die Lohn- und Gehaltsempfänger im Hinblick darauf, daß von ihnen die Lohnsteuer bis zum letzten Pfennig erhoben wird, eine restlose Heranziehung der Steuerdrückeberger zur Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtungen zu fordern.

### Aus dem Unternehmerlager

Zur Lage der deutschen Werksteinbetriebe äußert sich der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Werksteinbetriebe, Herr Knatrik, Würzburg, in Heft 2 der Zeitschrift „Die Steinindustrie“ wie folgt:

„Die geradezu katastrophale Geschäftslage der Werksteinbetriebe (Gewinnung und Verarbeitung von Sandstein, Kalkstein, Muschelkalk, Travertin, Tuff, Basaltlava, Trachyt usw. für Fassaden, Innenarbeiten, Tunnel- und Kanalbauten, Denkmäler, Schleif- und Wühlsteine usw.) ist bekannt und wird am besten durch folgende Zahlen bewiesen:

Im Jahre 1913 umfaßte die Werksteingruppe rund 800 Betriebe mit rund 20 000 Steinarbeitern.

Im Jahre 1921 waren es nur noch rund 400 Betriebe mit rund 6000 Steinarbeitern.

Im Jahre 1930 kommen höchstens noch 350 Betriebe mit rund 5000 Steinarbeitern in Frage, die aber regelmäßig kürzere oder längere Zeit arbeitslos sind. Die Arbeitslosigkeit beträgt zur Zeit durchschnittlich 60 Prozent.

An Vertröstungen durch öffentliche Stellen hat es der Natursteinindustrie, die sich wiederholt mit Eingaben an die Reichsministerien, die Ministerien der Länder, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten und alle für die Vergebung von Aufträgen überhaupt in Frage kommenden Stellen gewandt hat, niemals gefehlt. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß im allgemeinen keine Neigung vorhanden war, zur Behebung der außerordentlichen Notlage der deutschen Natursteinindustrie etwas Entscheidendes zu tun. Da in erster Linie zu dem Abnehmerkreis der Natursteinindustrie die öffentlichen Vergebungsstellen gehören,

Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird die Existenz der Arbeiter und Angestellten durch Ausbeutung, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen ununterbrochen erschüttert.

Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen:

die Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Wiederum ist daher wie bereits im Jahre 1930 für die Betriebsrateneuwahlen 1931 die Parole: Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB und des Afa-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem Afa-Bunde angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tätigkeit, geistige Sreedsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des Afa-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB oder dem Afa-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Tretet erneut geschlossen in die Schranken zum Kampf gegen alle Feinde der Gewerkschaften. Klärt die irregeleiteten Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen auf. Nichts ist gefährlicher, als in schwierigen Zeiten der Verzweiflung anheimzufallen. Die Betriebsrateneuwahlen 1931 müssen ein machtvolles Zeichen dafür werden, daß auch in den schwierigsten Lagen die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kerntruppen einig und geschlossen bleibt.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsrateneuwahlen 1931!

haben sich die von den amtlichen und öffentlichen Stellen, den Stadtverwaltungen usw. getroffenen Sparmaßnahmen geradezu verhängnisvoll ausgewirkt. Anstatt bewährten Naturstein, sei es auch nur in sparsamer Weise, zu verwenden und so in altbewährter Weise bodenständig und wirtschaftlich am besten zu bauen, greift man immer und immer wieder zu billigen Ersatzstoffen, wirt Riesensummen für Arbeitslosenunterstützung nutzlos zum Fenster hinaus, und sieht ruhig zu, wie die Natursteinindustrie und die mit ihnen zusammenhängenden Wirtschaftskreise mit ihren zahlreichen altansässigen Steinarbeiterfamilien langsam, aber sicher absterben. So sieht in Wirklichkeit die vielgerühmte Sparbarkeit aus, die ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten durchgeführt wird.

Daß unter solchen Verhältnissen bei den Betrieben, die sich noch mühsam durchschleppen, von einer rentablen Wirtschaftsführung keine Rede mehr sein kann, ist selbstverständlich. Geholfen kann der Werksteinindustrie nur dann werden, wenn sich die Stellen, die Aufträge zu vergeben haben, nicht von falscher Sparbarkeit leiten lassen, sondern sich, wie es in der Vorkriegszeit fast regelmäßig, insbesondere bei öffentlichen Bauten der Fall war, wieder dazu entschließen, das heimatische Natursteinmaterial zu verwenden und stets einen gewissen Prozentsatz der Baumasse für die Verwendung von Naturstein vorzusehen. Wenn die sogenannte Sparbarkeit weiter wie bisher nur dazu benützt wird, um ohne Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit ganze Wirtschaftskreise lahmzulegen, dann sind die Aussichten auf eine Besserung der Lage gleich Null.“

Dieser Bericht fällt auf, weil er die sonst üblichen Ausfälle gegen Lohnhöhe, soziale und steuerliche Belastung „vermissen“ läßt. Es wäre jedoch verfehlt, diesen „Mangel“ auf ein größeres Maß sozialpolitischer Einsicht zurückzuführen. Der Verband Deutscher Werksteinbetriebe trat 1926 beim Neuaufschluß des Reichsmantel-tarifvertrages für die Werkstein-, Grabmal- und Marmorindustrie zurück, so daß der Vertrag nur noch für die Grabmal- und Marmorindustrie zustande kam, ohne indessen den oben von Herrn Knatrik geschilderten Rückgang der Werksteinindustrie aufhalten zu können. Der Wiederaufstieg wird die Herren hoffentlich eines besseren belehren.

E. W.



# Deutsche Notgebiete

Der Reichskanzler ist in der letzten Zeit mehrmals auf Reisen gewesen. Die große Reise nach dem Osten und Oberschlesien sollte dem Volke zum Bewußtsein bringen, daß die östlichen Gebiete Deutschlands infolge der Grenzziehung und der großen Agrarkrise in Not geraten sind. Sie sollte aber auch den Bewohnern der Ostgebiete die Kenntnis übermitteln, daß die Reichsregierung an sie denkt. Unzählige Deputationen sind an die Regierungsmänner auf dieser Reise herangekommen und haben ihnen die speziellen Notstände bestimmter Kreise, Städte, Landstriche und Berufe zu demonstrieren versucht. Der Kanzler ist zurückgekehrt mit dem Voratz, dem Osten durch eine namhafte Unterstützungsaktion zu helfen. Die Regierung beabsichtigt, mit der preußischen Staatsregierung gemeinsam ein Hilfsprogramm aufzustellen, welches eine endgültige Regelung vorsieht und den Betrag von über eine Milliarde Mark verschlingt. Kurze Zeit darauf wurde der Chef der Regierung nach Sachsen gerufen, wo ebenfalls ein besonderer Notstand vorhanden sein soll. Rund 3000 Industrielle waren verarmt, um den Reichstag durch Spezialberichte vom Notstand Sachsens im allgemeinen und von dieser und jener Industrie im besonderen zu unterrichten. Die Bogen sind in Chemnitz sehr hoch gegangen. Unmittelbar darauf folgte eine Reise nach dem Rheinland, wo ebenfalls Notstände besonderer Art vorhanden sein sollen. Allerdings sprach Brüning hier in einer Arbeiterversammlung, und zwar vor dem Ortsrat der christlichen Gewerkschaften.

Wir erwähnen diese Fragen an dieser Stelle deshalb, weil in der Zeit der allgemeinen Not bestimmte Notstände herausgehoben werden, um eine Sonderhilfe von der Allgemeinheit zu erlangen. In der gleichen Zeit hört man aber landauf, landab teilweise sehr günstige Meinungen über die Lage der Arbeiterschaft. Man hält einen Lohnabbau nicht nur für möglich, sondern zur Rettung der Wirtschaft direkt für notwendig. Liegt man bestimmte Zeitungen und hört man gewisse Leute reden, dann sollte man der Ueberzeugung sein, daß Deutschland für die Arbeiterschaft das Land ist, wo Milch und Honig fließen. Und dies alles wird in einer Zeit geäußert und glauben zu machen versucht, wo die Lohnverhältnisse auf der niedrigsten Stufe seit Jahren stehen, wo 5 Millionen Arbeitslose und daneben 2 Millionen Kurzarbeiter vorhanden sind.

Also eine Situation, wie sie seit den schlimmsten Zeiten der Inflation noch niemals zu verzeichnen war. Die allzu große Bescheidenheit der Arbeiterschaft trägt mit dazu bei, daß dieser furchtbare Notstand breiter Volksschichten in der Öffentlichkeit nicht stärker zum Ausdruck kommt.

Stumm und fast ohne Murren gehen täglich Millionen Menschen den aussichtslosen Weg zu den Arbeitsnachweiser. Kein Hoffnungsschimmer leuchtet ihnen auf und läßt ein baldiges Ende dieses Zustandes ahnen. Geht es gut, so bekommen diese aus den Arbeitsstellen gejagten Menschen eine Unterstützung, die sie mehr schlecht als recht am Leben hält. Doch nur für eine geraume Zeit, dann wird die Unterstützung gefürzt und schließlich fällt sie ganz weg. Die Zeitungen sind voll von Verzweiflungsakten, von Raub, Plünderung, Mord und Totschlag. Doch wundert dies niemand, der die Welt sieht, wie sie ist, und nicht, wie sie sein sollte. Man bedenke, es handelt sich hier um einen großen Teil des Volkes. Fünf Millionen Arbeitslose und zwei Millionen Kurzarbeiter sind nach Adam Riese sieben Millionen Menschen, die bereits längere und kürzere Zeit keinen vollen Tariflohn zu verzeichnen hatten. Sieben Millionen Menschen machen mit ihren Familien rund 25 Millionen deutsche Volksgenossen aus. Diese 25 Millionen leiden unter dem wirtschaftlichen Tiefstand am allermeisten. Sie sind in der großen Mehrzahl heillos Menschen, die nur ihre Hand oder ihren Kopf, kurz ihre Arbeitskraft zur Verfügung haben und diese nicht verkaufen können. Man mag über die Not der Landwirtschaft denken wie man will, aber der Landwirt kann sich wenigstens selbst in Zeiten der Not fassen. Mit dem Geld, welches in den Kreisen der Arbeitslosen herrscht, ist die Not des Landvolkes jedenfalls nicht zu vergleichen. Demgegenüber hätte man sein Ohr an die Schwingungen der Öffentlichkeit und man wird feststellen können,

daß über die Massennot des arbeitenden Volkes viel weniger gesprochen wird als über die Not bestimmter Landesgebiete oder Industrien.

Deutschland ist ein Arbeitnehmerstaat geworden und besteht zu mehr als zwei Dritteln aus Lohn- und Gehaltsempfängern. Diese Tatsache kommt in dem Bewußtsein des Volkes viel zu wenig zum Ausdruck. Der Lebensstand der Masse des arbeitenden Volkes hat eine Tiefe erreicht, wie seit langem nicht. Die Regierung hat geglaubt, die Wirtschaft durch Lohn- und Preisentzungen anzufurbeln. Mit großem Tamtam ist die Preisentzungen in Szene gesetzt worden. Der Erfolg ist ein sehr bescheidener. Wenn man den natürlichen Rückgang der Preisbewegung, ausgehend von den Weltrohstoffen, abzieht, dann wird sehr wenig übrigbleiben. Die Verordnung, wonach bestimmte Sorten Markenartikel um 10 v. H. im Preise gesenkt werden müssen, wird das Mäuslein sein, welches der freiziehende Berg geboren hat. Gewiß gibt es Artikel, die billiger geworden sind, nur sind sie im Haushalt des Arbeiters nicht zu verwenden. Was nützt es dem Arbeiter, wenn Kupfer, Wolle, Baumwolle und andere Rohstoffe unter den Vorkriegspreisen stehen, während die Dinge des täglichen Bedarfs weit über 100 Prozent teurer sind als da-

mals. Die Verkehrstarife, die Preise für Gas, Elektrizität usw., kurzum all diese Dinge, die der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt benötigt, sind und bleiben im Preise hoch. Das gleiche ist der Fall bei den meisten Lebensmitteln. So liegen die Verhältnisse bezüglich der Preise. Auf der andern Seite aber zeigt sich ein merkliches Sinken der Lohnsätze. Eine riesige Arbeitslosigkeit, eine langandauernde Krise macht dem einzelnen Arbeiter sowie auch deren Gesamtheit schwach und minder widerstandsfähig. Deshalb der Angriff der Unternehmer mit der teilweisen Unterstützung der Regierung auf die Lohnsenkung. Mit den Mitteln der Notverordnung sind die Löhne gesenkt worden. Kein Mensch hat etwas davon gemerkt, daß derartig schwere Geschütze auch zur Entlastung des Preisstandes aufgeföhren wurden. Nach Preisermittlungen hat der Reichskanzler vor christlichen Gewerkschaftsgliedern in Köln folgenden Satz ausgesprochen:

„Sollten in Lohnstreitigkeiten politische Ueberlegungen hincintkommen — etwa derart, als müsse zuerst das Chaos kommen, es könne gar nichts schaden, wenn die Arbeiterschaft nach einem solchen Chaos auf Jahre hinaus am Boden liege —, sollte sich diese Auffassung Geltung verschaffen, so wird die Reichsregierung alles tun, um auch die Staatsautorität gegenüber solchen Theorien zu sichern.“

Es ist nicht bekannt geworden, ob Dr. Brüning sich bei den sächsischen Industriellen in ähnlicher Weise geäußert hat. Doch wie dem auch sei, als feststehend gilt die Tatsache, daß die Arbeiterschaft von der Krise am härtesten betroffen wurde. Hier ist wirklicher Notstand. In diesem Notstandsgebiet muß ausgiebige Hilfe angeleitet werden. Dies ist der Dessenpflicht und namentlich den Regierungsmännern ins Gewissen zu hämmern. Das Elend der breiten Masse droht das wichtigste Gut eines industriellen Staates, die Arbeitskraft, zu vernichten. Volkswirtschaftliche Ueberlegung müßte bereits sagen, daß dieses wichtige Gut vor dem Verderben geschützt werden muß. Die Gewerkschaften werden es an der nötigen Energie nicht fehlen lassen.

## Verlagen des Krankengeldes

Die bekannte Notverordnung vom Juli 1930 hat bekanntlich eine Verschlechterung in der Krankenversicherung auch dergestalt gebracht, daß das Krankengeld verlagert wird, wenn die Arbeitsunfähigkeit nicht rechtzeitig gemeldet wird. In der Frage kommende Bestimmung lautet: „Der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird; dies gilt nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt. Die Dinge liegen demnach so, daß die Arbeitsunfähigkeit sofort zu melden ist, spätestens hat die Meldung innerhalb acht Tagen nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit zu erfolgen. Geschieht dies nicht, und geht die Meldung erst später ein, so wird erst von dem Tage an Krankengeld gezahlt, an welchem die vorchriftsmäßige Meldung bei der Kasse eingeht. Zu beachten ist dabei, daß diese Zeit, während der also kein Krankengeld gewährt wird, trotzdem mit auf die Leistungspflicht und Leistungsdauer der Krankentasse mit angerechnet wird. Gewährt beispielsweise eine Kasse für 26 Wochen Krankengeld und meldet der Erkrankte aus irgendeinem Grunde seine Arbeitsunfähigkeit erst nach Ablauf der 6. Woche nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit, so erhält er eben insgesamt nur für 20 Wochen Krankengeld. Ist diese neue Bestimmung an und für sich schon schwerwiegend und nachteilig für die Versicherten, so scheint die Auslegung und Anwendung derselben in der Praxis noch weniger vom sozialen Geist getragen zu sein. Jedenfalls läßt das Vorgehen mancher Krankentassen darauf schließen. So hat kürzlich (20. November 1930) ein Versicherungsamt entschieden: „Hat eine Krankentasse die Annahme eines Briefes verweigert, weil der Versicherte ihn nicht ordentlich frankiert hatte, und ist dadurch die Arbeitsunfähigkeit nicht innerhalb einer Woche bei der Kasse gemeldet worden, so ruht der Anspruch auf Krankengeld nach § 216 der Reichsversicherungsordnung bis zum Tage, an dem die Meldung bei der Kasse tatsächlich erstattet wurde.“ Weil der Versicherte, der seiner Meinung nach die Arbeitsunfähigkeit richtig gemeldet hatte, auf den Brief für 3 oder 5 Pfennig zu wenig Marken geklebt hatte, wird ihm das Krankengeld tagelang (vielleicht sogar für Wochen) verlagert. Kann man da noch von „Sozialversicherung“ sprechen? In Verfolg dieser Entscheidung kann man die Forderung ziehen, daß die Verlagerung des Krankengeldes auch dann eintritt, wenn der Versicherte durch einen ordnungsmäßig frankierten Brief die Krankmeldung der Kasse einreicht, und dieser Brief aus irgendeinem Grunde die Kasse nicht erreicht.

Es wird also noch so weit kommen, daß die Versicherten ihre Krankmeldung durch eingeschriebenen Brief einreichen müssen. Kl.—s.

## Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuföhren.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Im Hotel „Metropol“, dem Wohnsitz der deutschen Delegation, haben mein Kumpan und ich zweimal gut gespeist, allerdings sind wir von „hinten“ zur Küche gegangen.

In der französisch sprechenden Schweiz, Freiburg, Lausanne, Genf, begannen die Leute merklich unfreundlich zu werden, für uns der Vorgesahmad kommender Ereignisse.

Jetzt sind wir in Marseille, und die Zeit zwischen Genf und hier gehört schon zur Erinnerung. Außerhalb der Stadt gibt es morgens und nachmittags ein Stück trodenes Brot für die Armen — und Wasser. Wir vergaßen die Zeit nicht und ebeniowenig die anderen, deren Gefächter ich nun bald kenne. Wer Glück hat, findet im Hafen Beschäftigung; Säcke tragen und andere Hafnarbeit, täglich 38 Frank. Im April können wir 9 Nächte gratis schlafen. Früh und abends Suppe, immer dieselbe, aber niemand murt. Wir werden geimpft, nur weiß ich nicht gegen was, vielleicht gegen Arbeitslosigkeit? Vom sogenannten besseren Viertel mit wunderbaren, breiten Straßen abgesehen, ist Marseille ein Dreacknest. Vor allem bei Regen, bei heißem Wetter ist die Luft geschwängert mit undefinierbaren Gerüchen, es schmeckt förmlich nach faulem Fisch, Del, Obst und Dred. Vierlei Nationen, Araber, Chinesen, Negler und andere edle Gestalten lärmen und fluchen in ihrer Landessprache. Besonders in den Kaffemmen ist immer Streiterei. Auch die zwei deutschen Kneipen bilden keine Ausnahme, denn zwei Deutsche haben ja schon drei Meinungen.

Ihr müchtet wissen, ob ich Arbeit fand und was zwischen Genf und Marseille los war? Nun, hinter Lyon kommt Orange, wo wir im leeren Bahnwagen schliefen, süßlicher liegt Avignon, in dessen Gefängnis wir 15 Tage haufen mußten und als Deutsche faumäßig behandelt wurden. Mein Kumpan teilte die Zelle mit einem Negler und einem Franzosen, und in meiner Zelle lagen zwei Marokkaner. Nach sieben Tagen kamen wir, mit Handbüchlein gefüllt, mit weiteren acht „Verbrechern“ vor das Tribunal und wurden wegen Verdachts der Landstreicherei zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Außer den Läufern, die ich am dritten Tage verspürte, konnte ich mich mit nichts beschäftigen. Nicht wurde nicht gemacht. Früh 9 Uhr Wasserjuppe mit Brot, abends 4 Uhr Suppe ohne Brot; jeden Tag. Vorher hatte man versucht, uns für die Legion zu kapern. Und wie es mit der vielen Arbeit war? Wer nicht im Besitz der „Blauen Karte“, der Arbeitsberechtigung, ist, scheidet von Anfang an aus. Nachfragen bei Arbeitsämtern war ohne Erfolg. Deutsche, die monatlang in Marseille gearbeitet haben (in einer Maschinenfabrik), mußten frisslos entlassen werden, weil — die Behörde dahinter kam, daß die „Blaue Karte“

## Leidensweg eines an schwerer Berufskrankheit erkrankten Kollegen

Im Mai 1929 mußte sich unser Kollege H. wegen Staublungenenerkrankung erwerbsunfähig melden. Sein behandelnder Arzt stellte schwere Staublung fest. Der Unfall wurde der zuständigen Berufsgenossenschaft rechtzeitig gemeldet. Durch den Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft, Herrn Dr. Herzog, Ludwigshafen, erfolgte die Nachuntersuchung; auch dieser mußte schwere Staublungenenerkrankung feststellen und setzte die Erwerbsverminderung auf mindestens 66% Prozent fest.

Ab 27. Juli 1929 erhielt er 66% Prozent Unfallrente. Sein behandelnder Arzt begutachtete aber 100 Prozent Erwerbsunfähigkeit. Die eingelegte Berufung hatte Erfolg. Die Berufsgenossenschaft wurde auf Grund der beiden Gutachten zur Zahlung einer Rente von 100 Prozent verurteilt. Wer nun aber glaubte, daß für den schwer erkrankten Steinmehler die Sache ein Ende hätte, befindet sich in großem Irrtum. Kaum hatte er die Rente 3 Monate erhalten, so mußte er auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft wieder nach Frankfurt a. M. in die Medizinische Universitäts-Poliklinik zur Nachuntersuchung. Dort wurden wieder Röntgenuntersuchungen gemacht und schwere Staublung festgestellt. Der Unterschied lag nur darin, daß statt 100 Prozent wieder 66% Prozent Erwerbsverminderung angenommen wurde. Während sonst die Berufsgenossenschaften in Rentenfragen recht viel Zeit haben, ging es bei unserem Kollegen mit der Antwort sehr schnell. Ihm wurde mitgeteilt, daß die Rente als Dauerrente nur noch in Höhe von 66% Prozent gezahlt werde. Selbstverständlich wurde gegen die Abwertung von 33% Prozent Rente wieder Berufung eingelegt. Selbst dem Oberverleugungsamt war der Abzug zu groß. Es setzte eine Dauerrente von 75 Prozent fest. Die Berufsgenossenschaft legte gegen das Urteil Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein. Die Sache ist noch nicht entschieden; hoffentlich bleibt dem Rekurs der Erfolg versagt.

Neben der Mitteilung wegen der Rentenherabsetzung war dem Kollegen noch ein anderes Schreiben von der Berufsgenossenschaft zugegangen, in welchem unserem Kollegen verboten wurde, sich noch weiter von seinem Arzt behandeln zu lassen, und da er dauernd ärztliche Behandlung benötigt, wurde er einem Sanitätsrat, der gleichzeitig Fürsorgearzt ist, überwiesen.

Bei dem ersten Besuch wurde diesem Arzt mit dem Titel Sanitätsrat das Leiden mitgeteilt. Zum Untersuchen hatte er keine Zeit; seine Frage war: „wann gedenken sie wieder zu arbeiten?“ Unser Kollege erwiderte, er möge doch erst mal die Untersuchung vornehmen, dann würde er über das Arbeiten anders denken. Nach ein paar Tagen wurde dann die Untersuchung vorgenommen, aber in 2 Minuten war der erwähnte Arzt damit fertig. Resultat: „Es sei nicht so schlimm.“ Und dann wieder die Frage: „Wann wollen Sie arbeiten?“

Von unserem Kollegen wurde entgegengehalten, daß doch unmöglich in zwei Minuten sein Leiden festgestellt werden könne, mindestens müsse doch eine Röntgenaufnahme erfolgen. Da erklärte der Herr Sanitätsrat recht weise: „Früher gab es auch keine Röntgenaufnahme!“ Diese Antwort zeigt trefflich ein „tiefes Verständnis“ für die ärztliche Kunst. Unser Kollege lehnte natürlich die weitere Behandlung durch diesen Arzt ab.

Wir wollen nicht annehmen, daß die Berufsgenossenschaft mit dieser Art Untersuchung einverstanden ist. Wenn sie aber einen Unfallverletzten zum Arzt in Behandlung sendet, muß sie wissen, daß diese Untersuchung auch so vorgenommen wird, wie es sich gehört, oder nimmt man an, daß ein unter schwerer Staublung leidender Arbeiter simuliert? Durch solche Vorgänge wird das Vertrauen zu den Ärzten der Berufsgenossenschaft keinesfalls gefördert, das Gegenteil wird eintreten und die Wirkung auf Erkrankte ist verantwortungslos.

Seit dem 29. Mai 1929 läuft nun dieses Rentenverfahren. Für einmal wurde der Kollege untersucht! Was für Aufregung und Anstrengungen solche fortwährende Untersuchungen für einen schwerkranken Kollegen bringen, braucht keinerlei Nachwort. Es ist wirklich nicht zuviel verlangt, daß die Berufsgenossenschaften etwas menschlicher handeln; denn an schwerer Staublung Erkrankte find keine Dauerrentenbezieher, das beweist die Sterblichkeit unter diesen Rentenbezieher. In den meisten Fällen wird sogar der Tod nicht als Folge des Berufsunfall es anerkannt, die Witwe erhält bei nur 50 Prozent die einmalige Abfindung und keine Hinterbliebenenrente. Leider hat es den Anschein, als wenn die Unfallverletzten mit Staublungenerkrankungen nach Ansicht verschiedener Berufsgenossenschaften nur Rentenjäger sind.

Im übrigen will allgemein die Klage über die lange Laufdauer der gestellten Rentenansprüche bei den Berufsgenossenschaften nicht verstummen. Trotzdem einwandfreie ärztliche Gutachten vorliegen, wird die Rente abgelehnt, von dem Reichsversicherungsamt aber in den meisten Fällen Entschädigungspflicht entschieden. Es erweckt immer mehr den Anschein, als ob eine absichtliche Verzögerung der Rentenansprüche bezweckt wird; denn sonst wäre es unmöglich, daß Rentenansprüche erst nach einem Jahr und noch länger beantwortet werden, trotz mehrmaliger Anfrage.

Im Interesse der schwer erkrankten Unfallverletzten und uns will dünkten auch im Interesse des Ansehens der Berufsgenossenschaften ist es notwendig, endlich ein schnelleres Tempo zur Erledigung der Anträge einzuschlagen, dann werden diese dauernden Klagen endlich verstummen. J.

## Als Bildhauer auf Zipperei in der Schweiz und in Frankreich

Wir kommen von Innsbruck, durch Tirol und Vorarlberg, und sind jetzt in Feldkirch. Mein Kumpan, der Westfälinger, hat ebenso wie ich unsere plötzliche Abreise von Rom — non volontario — verschmerzt, und wir wollen durch die Schweiz nach Frankreich. Hört man nicht überall: In Frankreich ist Arbeit? Also wird's versucht. Im Jesuitenkolleg haben wir mit dort Arbeitenden 40 Minuten zu Mittag gegessen, allerdings gehen zweimal fünf Minuten für Beten ab; und ich merke, daß es sich mit übervollem Magen schlecht laufen läßt, ähnlich dem Zustand, wenn man vor Hunger kaum stehen kann. Für unser letztes Geld kaufen wir Tabak und Zigaretten und werden an der Schweizer Grenze wegen Mangels an Bargeld nicht durchgelassen; dabei schreiben die Bankten: „Reise bargeldlos!“ Ein zweiter Uebergangversuch am anderen Tag und bei anderen Grenzbeamten glückt und uns wird leichter.

Nun heißt es vorsichtig sein, die Schweiz „schubt“ gern ab. Zum „platt machen“ ist es aber schon zu kalt. Die Schweizer, die wir anrüdern, sind mitfühlende Menschen. Jeden Tag sind wir satt und Schlafgeld und noch was drüber ist immer da.

Wie herrlich ist doch die Welt, kein Hauschlüssel drückt, und die alten Schulden zu Haus sind vergessen. Wärme die Sonne noch, liegen wir irgendwo im Gras, haben gute Gedanken, reine Herzen und philosophieren. Mein Kumpan macht den Vorschlag, es müßten Geldautomaten für die Kunden aufgestellt werden, Motto: „Bediene dich selbst!“

Ueber Wintertur, Zürich, Luzern, Bern, Lausanne kommen wir nach 17 Tagen froher Wanderei nach Genf. Arbeit fanden wir zu dieser Zeit nicht, liefen doch die Aufenthaltbewilligungen für in Arbeit stehende Ausländer ab. Im Straßenbau und in Kunststeingehäften arbeiten noch viel Italiener. In Genf selbst sind auf jedem Bau Italiener anzutreffen. Da sie billige und auf Kosten der Qualität schnelle Arbeiter sind, ist ihre Beliebtheit natürlich einseitig. Die landschaftlich schöne Schweiz zu besingen, ist nicht meine Absicht, da könnte ich soviel schreiben wie Spengler über den „Untergang des Abendlandes“ — und das kann man nicht auf einmal verdauen.

Zünftige deutsche Zimmerer und Maurer — in der Arbeit geschäft — sind in Genf ebenfalls viele anzutreffen. Ich lernte sie allerdings in ihrem Stammlokal kennen und finde sie da noch schätzenswerter. Alle sind es große, stramme Jungen.

Später, in Deutschland, traf ich Oesterreicher, die in Frankreich auf „Kontrakt“ für Befestigungsarbeiten verpflichtet waren und die, ihre Papiere im Stich lassend, einfach ausgerissen waren. Sicher nicht wegen so hohen Lohnes. Bis vor wenigen Monaten hatte Frankreich eine geringe Anzahl Arbeitslose, jetzt kriegt's auch da. Uns armen Wanderern kam man nur etwas freundlich entgegen, wenn wir uns als Schweizer ausgaben, denn wenn wir sagten, wir seien Allemande, dann war die Antwort: „Boche!“ Und leider sind es noch Proletarier, die uns beschimpfen...

Ohne Geld nach Frankreich gehen, ist weit gefährlicher als anderswohin. Denn das Essen möchte man sich ganz abgewöhnen, ebenso das Schlafen. Zwei Nächte hintereinander sind wir durchgelassen, niemand ließ uns übernachten. Läuse, und noch dazu hungern?

Also addio, Kollegen, jetzt geh ich wieder „dabeeme“ in mein schönes Federbett in Deutschland. \*

## Mein Schatten und ich

Vom Wein bin ich ganz leicht beschwingt.  
Ich stolze durch die Gassen,  
Und merke, daß mir's noch gelingt,  
Geraden Kurs zu fassen.  
Der Mond, mein nächstlicher Kumpan,  
Er schiebt den Schatten mir voraus.  
Lacht er mich aus, lacht er mich an?  
Mein Schatten will noch nicht nach Haus.

Mein Schatten hat — ich will's gestehn —  
Die Nächte lieber als die Tage;  
Und da wir stets zusammengeh'n,  
Sind wir befreundet, ohne Frage.  
Nur manchmal zieht er sich zurück,  
Wird klein — will gar verschwinden;  
Und wende ich den Kopf, o Glück,  
„Er ging nur mal nach hinten!“

Oft wird mein Schatten riesengroß  
Und schlüpft durch offene Türen.  
Doch läßt er sich — wenn ich nicht will —  
Zum Bleiben nie verführen.  
Mein Schatten ist auch sehr distret,  
Die Menschen sind es selten.  
Ich geh mit ihm sogar ins Bett.  
Wer will mich deshalb schelten?  
J. Walter Liebers.



Was irgend gehen will und waffen  
Muß in der Welt zusammenhalten

# Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So  
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

**Abwehrkampf im Straßenbauergewerbe des Industriegebiets.** Seit dem 1. Januar besteht im Geltungsbereich des Westdeutschen Pflasterer-Innungsvorbandes (Regierungsbezirk Minden, Münster, Arnberg und Düsseldorf) kein Tarifvertrag mehr. Weder der Bezirks- noch der Reichstarifvertrag hat noch Geltung. Mit spürbarer Absicht haben die Unternehmer diesen Zustand herbeigeführt, sie wollten und mußten Ellenbogenfreiheit haben, um mit Gewalt ihre unerschämten Forderungen durchzusetzen. Forderungen, die bisher im Westen ihresgleichen nicht aufzuweisen haben. Die Unternehmer verlangen:

1. Wegfall der Pflastererhilfsarbeiter.
2. Paklage zu legen, Plattenverlag und Bordstufen zu verlegen sollen als Tiefbauarbeit gelten und danach bezahlt werden.
3. Wegfall der 2 Stunden ohne Lohnabzug an den 3 hohen Feiertagen.
4. Verschmelzung des Lohngebiets 1 mit Lohngebiet 2 und damit einen Lohnabbau in Höhe von 25 Prozent, ferner Verschmelzung des Lohngebiets 2 (linksrheinischer Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf) mit Lohngebiet 3 und damit einen Lohnabbau von 25 1/2 Prozent und für alle anderen Lohngebiete eine Lohnreduzierung in Höhe von 20 Prozent.
5. Wegfall der Wohlfahrtszulage und damit gleichzeitig einen Verlust von 4,3 und 2 Pfennig pro Stunde.

Das sind nicht alle, sondern nur die markantesten Forderungen der Arbeitgeber. Sie haben mit Bescheidenheit nichts zu tun, es ist Unstinn, Unverständnis und Brutalität im höchsten Grade. Sie zeigen uns mit aller Deutlichkeit, daß es nicht um den Lohn allein geht, sondern um alles, was wir uns in langen Jahren errungen und erstritten haben auf sozialem Gebiete.

Niemand konnte darüber im Zweifel sein, daß die Schaffung einer Verhandlungsbasis ob solcher Forderungen ausgeschlossen sein mußte und daher der Wille der Arbeitgeber in Erfüllung gehen würde, am 2. Januar den wenigen Kollegen, die noch in Arbeit standen, eine Unterschrift abzuverlangen, für einen unerhört abgebauten Lohn und unter Verzicht auf Wohlfahrtszulage die Arbeit fortzusetzen. Viel Glück ist ihnen bei der Erpressung nicht beschieden gewesen, und wo Unterschriften geleistet sind, waren es Unorganisierte, die vollkommen überrumpelt wurden. Mit solchen Unterschriften dann auch noch in der Verhandlung zu operieren, es so darzustellen, als wenn hier eine freie Willenserklärung vorliege, ist wirklich ein starkes Stück.

Ganz klar hat sich bisher gezeigt, daß es nur eine Minderheit ist, die solche reaktionären Pläne durchsetzen möchte. In der Hauptsache wuchern diese Pflanzen am linken Niederrhein. Wohl sind sich alle Arbeitgeber darüber einig, daß ein Lohnabbau erfolgen soll, aber daß es im Unternehmerlager Leute gibt, denen diese Forderungen, wie man sie uns präsentiert hat, selber gegen den Strich gehen, geht daraus hervor, daß es der Vorsitzende des Verbandes nicht einmal für ratsam gehalten hat, seinen Arbeitern den Revers zur Unterschrift vorzulegen, diese arbeiten nach wie vor nach den alten Löhnen weiter. Schon jetzt haben wir eine ganze Anzahl schriftlicher Erklärungen von Innungsmitgliedern in Händen und bekommen täglich neue dazu, wonach sie sich verpflichten, bis zum Neuabluß den alten Vertrag als für sich bindend anzuerkennen. Solche Unterschriften wiegen für uns weit mehr als die von den Arbeitern erpreßten.

Die Abwehrfront der Kollegen steht bisher, mit wenigen Ausnahmen, geschlossen da. Es ist zu allen Zeiten so gewesen, daß sich hier und da Unorganisierte finden, die in ihrer Dummheit dem Unternehmer Dienste leisten. So bedauerlich das an sich auch ist, so dürfte das aber immerhin noch das kleinere Übel sein gegenüber anderen Bestrebungen, denn es sind da Kräfte am Werke, die ihr ganzes Können daran setzen, die Organisation zu zerreißen und ohnmächtig zu machen, an Stelle der alten leistungsfähigen und kampferprobten Verbände neue Splittergruppen (AGD.) zu setzen und in einer Zeit trostlosester Wirtschaftslage trügerischen Phantasiegebilden nachzujagen. Nur die Einigkeit der Arbeiterschaft kann den Kampf, in dem sie steht und in dem leider die Unternehmer die Angreifer sind, zu ihren Gunsten entscheiden. Alle Wirrköpfe, die diese Einigkeit zu stören versuchen, sollten beim ersten Versuch von den Kollegen so gründlich verhaßen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Bleiben wir einig und geschlossen, dann sind wir die Stärkeren und werden siegen, während alle Zerplitterter, Quer- und Wirrköpfe nur unsere Position schwächen.

**Hohburg.** Am 11. Januar im Gasthof Zimmermann, Ködnitz, Generalversammlung. Trotz der gespannten wirtschaftlichen Lage war die nur mäßig besucht. Gegen eine starke Minderheit wurde zur Neuwahl beschlossen: Der Gesamtverband bleibt bis zum April d. J. unverändert bestehen; sollten sich bis dahin die wirtschaftlichen Verhältnisse stark ändern, so wird eine außerordentliche Generalversammlung nochmals Stellung zur Wahl nehmen. Der Bezirksleiter, Kollege Lohmann, schilderte eingehend die Wirtschaftslage Deutschlands, insbesondere die miserable Lage der Natursteinindustrie und den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftssysteme. Die großen Rationalisierungen und Zusammenschlüsse der Betriebe in unserem Bezirk führen letzten Endes dahin, daß ein Teil der Kollegen aus dem Produktionsprozeß dauernd ausgeschaltet wird. Die durchschnittliche Beschäftigung im Bezirk betrug 1930 38 Prozent; am Ende des Jahres aber standen nur noch 3 1/2 Prozent der Kollegen in Arbeit. Auch in unserem Bezirke gelang es den Unternehmern, auf Grund der Wirtschaftskrise die Affordolöhne empfindlich zu kürzen. Daß auch in Krisenzeiten die Organisation von ungeheurer Wichtigkeit ist, können wir schon allein daraus erkennen, daß rund 16 000 Mark herausgeklagt wurden. Verschiedene Klagen konnten nicht durchgesetzt werden, weil die betreffenden Kollegen auf ihr zulebendes Recht verzichteten. Mit dem Appell an die Solidarität der Kollegen, treu zum Verbands zu stehen, und mit dem Hinweis, daß die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung lehrt: nach einem Rückgang erfolgt immer wieder ein Aufstieg, wurde die Versammlung beendet.

**Braunschweig.** Die Steinseher und Berufsgenossen von Braunschweig-Beltenham hielten am 18. Januar 1931 eine gutbesuchte Versammlung in Beltenham ab und nahmen in dieser zunächst den Bericht des Gauleiters Göhre von der letzten Lohnverhandlung entgegen. Wenn die Unternehmer laut diesem Bericht erklärt haben, daß im Jahre 1930 im allgemeinen zu niedrigeren als den Tariflöhnen gearbeitet worden sei und deswegen ein Lohnabbau von rund 35 Prozent notwendig sei, so trifft das bestimmt auf den Bezirk Braunschweig nicht zu. Ausnahmslos kam in der Aussprache zum Ausdruck, daß ein Lohnabbau durch nichts begründet sei und der Lohnkommission volles Vertrauen in ihrem Bestreben, derartige Versuche streng und energisch zurückzuweisen, geschenkt würde. Sollte es dennoch zum Kampf kommen, so versicherten alle Redner, würden die Steinseher und Berufsgenossen in Braunschweig ihren Mann zu stehen wissen. Irgendwelche Sondervereinbarungen oder Unterscheidungen von Reihen werden glatt abgelehnt und kommen nicht in Frage. — Einigen Steinsehern aus dem Eichsfeld, die bei Braunschweiger Unternehmern in Beschäftigung gewesen sind, wurde ein scharfes Mißtrauensvotum ausgesprochen, und sollen diese bei etwaigem Wiederauftreten entsprechend empfangen werden. — Die Versammlung war sich darin einig, daß der Schiedspruch des Lehrlingsausschusses vom 10. Januar 1931, wonach für den Steinseherberuf im allgemeinen ab Mitte November die Winterzeit beginne und Lehrlinge nicht mehr zu beschäftigen oder zu beschäftigen seien, entsprechend gloriost werde, und sollen nunmehr die Arbeitsgerichte diesen unhaltbaren Spruch behandeln. Mit der Aufforderung zur Kräftigung der Organisation und zur Absonnerung der Arbeiterpresse schloß die interessant verlaufene Versammlung.

**Düsseldorf.** Eingangs der Versammlung gab der Vorsitzende, Kollege J. Koch, einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Danach haben stattgefunden: 15 Versammlungen, 8 Vorstandssitzungen, 4 Lohnverhandlungen, 4 Sitzungen mit der Handwerkskammer, 2 Stillelegungsfragen. Eingegangen sind 164 Briefe und Postkarten, ausgegangen 148. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1930 73, am 31. Dezember 62. Von der Lokalkasse wurden 100 Mark Kassenunterstützung ausgezahlt, ferner 285 Mark Weihnachtsgeldunterstützung. Laut Bericht des Kassierers betrug der Kassenbestand im Januar 1930 1934,50 Mark, am 31. Dezember 1548,83 Mark. Unser Tarif ist von den Unternehmern zum Frühjahr gekündigt. Auf Vorschlag wurde der alte Vorstand wiedergewählt, womit zugleich dem Vorstand das Vertrauen der Kollegen ausgesprochen wurde. Neugewählt wurde der Kollege D. Kreusch als Revisor. Von den Kollegen der Bildhauer wurde bekanntgegeben, daß ein Unternehmer es sich erlaubt hat, schon den Lohn zu reduzieren, bevor der Tarif abgelaufen ist. Es sollen die nötigen Schritte unternommen werden, um dem abzuhelfen. Die Kollegen wurden ermahnt, keine Sonderabkommen mit den Unternehmern einzugehen, sondern strikte den vereinbarten Tariflohn zu verlangen bis zum Abschluß eines neuen Abkommens.

## Konjunkturpolitik

Die Verhandlungen zum erneuten Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für die Pflasterstein- und Schotterindustrie sind wegen angeblicher Untragbarkeit — so sagen die Unternehmer — gescheitert. Die Unternehmer wollen nur noch Bezirksstarife abschließen. Der nachstehende Reim ist eine Art Verhandlungsbericht:

Es lebe hoch die Konjunktur,  
sei schlecht sie oder gut.  
Vom Mangel \*) fühlst du keine Spur,  
hast du zum Leugnen nur den Mut.

Es lebe hoch der Reichsvertrag,  
wenn sich die Arbeit häuft und drängt —  
doch nieder mit dem „Schand“-Vertrag,  
wenn's im Bezirke nicht mehr „brennt“.

Es lebe der Bezirksstarif,  
geht alles drunter auch und drüber —  
und läßt die Karre dann ganz schief,  
holt man den Reichsvertrag sich wieder.

Behaupte nur, daß du ein Feind  
des andern allezeit gewesen,  
wenn dir das eine besser scheint —  
stets wirst du vom „Ruin“ genesen.

Schimpf auf die Konjunktur-Verächter  
im Reich bei äußerst miesen Zeiten —  
doch spiel dich auf als Reiches-Wächter,  
wenn im Bezirk du hast zu „leiden“.

Im einen wie im andern Falle  
kann's am Triumphe dir nicht fehlen,  
bei jenen, die nicht werden alle  
und denen, die die Wahrheit hehlen.

Drum lebe hoch die Konjunktur,  
sei gut sie oder schlecht —  
sieh stets den eignen Vorteil nur  
und pfeif auf anderer Recht.

Erwin.

\*) Das Fehlen eines Reichs-Arbeitsvertrages.

**Reichenbach (Schlesien).** Am 16. Januar Generalversammlung mit verhältnismäßig gutem Besuch. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß im vergangenen Jahre rege Arbeit geleistet worden ist, trotz der katastrophalen Arbeitsmarktlage. Die Mitgliederzahl der Filiale ist stabil geblieben mit 82 Mitgliedern. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß im 4. Quartal die Hälfte aller Einnahmen nicht an die Hauskasse gelangt ist, sondern zu Unterstützungszwecken gebraucht wurde, auch in der Lokalkasse ist gegen das Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen aus Zeichen der schlechten Arbeitsmarktlage. Die Kasse war in Ordnung und wurde dem Kassierer, der bereits 12 Jahre die Kassengeschäfte musterhaft führt, gern Entlastung erteilt. Dem Gesamtverband wurde das Zeugnis ausgestellt, daß es ihm gelungen ist, trotz der Schwere der Zeit und der Einwirkungen von links und rechts auf unsere Kollegen in der Filiale Zusammenhalt zu wahren. Sämtliche Vorstandsmitglieder hatten ihre Ämter niedergelegt, nahmen aber fast alle wieder ihre Funktion an, denn nicht mit Unrecht wurde die Befürchtung laut, daß die Gewerkschaften einen schweren Stand haben werden; jedes Mitglied wird auf dem Posten sein müssen, vor allem die Funktionäre. Neugewählt wurden als 2. Vorsitzender Kollege Karl Mann, als Revisor Kollege Ernst Lieb und als Beisitzer die Kollegen Eward Wessel und Georg Schlieps. Als Unterfasser für Langenbielau-Niederstadt Koll. August Kirchner. Unter Vorsitzendem wurde angeregt, die alten Bücher in der Filiale zu behalten und nicht an die Kollegen auszugeben. Damit, wenn eins zur Nachprüfung gebraucht wird, es zur Stelle ist. Bestrebend erregte es in der Versammlung, daß man dieses Jahr nichts von den Tarifverhandlungen hört. Wir sind noch nicht im Besitz eines Tarifentwurfs vom Gauleiter. In dieser Angelegenheit wird beim Gauleiter angefragt. Eine rege Aussprache gab es auch über die Entrichtung von vollen Beitragsmarken beim Bezug von Unterstützungen. Einzelne Kollegen führten als Beispiel andere Verbände an, die bei Unterstützungsbezug nur Freimarken klieben. Diesen Kollegen wurde anheimgestellt, diesbezügliche Anträge zum nächsten Verbandstag zu stellen, im übrigen wurde aber darauf hingewiesen, die Organisation als Kampforganisation zu erhalten und nicht zu sehr als Unterstützungsverband anzusehen.

**Elbing.** Am 15. Januar fand die Generalversammlung unter reger Beteiligung der Kollegen statt. Koll. Casper war anwesend. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte. Dem Kollegen Sharp wurde für seine gute Kassenführung Entlastung erteilt. Der Schriftführer, Kollege Rudolf Schulz, erklärte, daß er kein Protokoll geführt habe, weil die Kollegen, die Versammlungen besuchen, wissen, was in den Versammlungen behandelt wurde, und für die, die keine Versammlung besuchen, brauche er kein Protokoll zu schreiben. (?) Red.) An Stelle des verstorbenen 1. Vorsitzenden wurde Koll. Heinrich Collin gewählt. Darauf gab Kollege Casper einen Bericht über die schlechte Lage im Straßenbau. Die Arbeitgeber haben den Tarif zwecks Lohnabbau zum 1. April gekündigt. Der Bezirksleiter fordert die Kollegen auf, auch in dieser schweren Zeit zusammenzuhalten, denn nur durch die freien Gewerkschaften kann unsere Lebenshaltung gehalten und gebessert werden. Mit dem Versprechen, die Zahlstelle zum Wohl des Gesamtverbandes zu leiten, schloß der Kollege Collin die Versammlung.

**Insterburg.** Am 18. Januar fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt; von 74 Mitgliedern waren 32 erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Bericht des Bezirksleiters. 3. Wahlen. Nach den Berichten des Vorsitzenden und des Kassierers wurde die Tätigkeit des Kassierers einer Kritik unterzogen. Kollege Casper führte in einem Vortrage die Zusammenhänge der Wirtschaftskrise den Mitgliedern vor Augen. Um aus dem Ringen zwischen Kapital und Arbeit als Sieger hervorzugehen, ist Vorbedingung gutes Rüstzeug: Erkennen der wirtschaftlichen Zusammenhänge. — Eine geschlossene Front. — Vertrauen zu unseren Führern und sachliche, gelebte Kritik. Mit der Aufforderung, der Organisation immer mehr Streiter zuzuführen, schloß Kollege Casper seinen eindrucksvollen Vortrag. Wahlergebnis: 1. Vorsitzender Otto Demant, Kammer. 2. Vorsitzender Otto Ernst, Steinseher. Kassierer Gottlieb Mayer, Steinseher. Schriftführer Otto Behrendt, Steinseher. Revisoren Franz König, Hilfsarbeiter; Julius Klein, Kammer. Die Versammlung beschloß, für die Lokalkasse pro Quartal 30 Pfennig pro Mitglied zu zahlen. Es wurde darüber Bescheid gegeben, daß arbeitslose Kollegen 30 Pfennig Wochenbeitrag zahlen müssen (= 10 Pfennig Arbeitslosen-, 10 Pfennig Invaliden-, 10 Pfennig Bezirksbeitrag). Durch Hinweis des Bezirksleiters auf den Verbandstag wurde die Angelegenheit erledigt. Der Vorsitzende forderte alle Kollegen auf zur resloßen Beteiligung an den Abwehrmaßnahmen gegen den faschistischen Terror, wozu der hiesige Ortsausschuß des ADGB schon Maßnahmen ergriffen habe, und ferner: hinaus mit den bürgerlichen Zeitungen, die uns beschimpfen und verhöhnen. In den Arbeiterhaushalt gehört die Arbeiterpresse. Sie liefert in Gemeinschaft mit dem „Steinseher“, lechterer unter Berücksichtigung unseres Berufes, das geistige Rüstzeug im Kampfe um bessere Lebensbedingungen. Damit wurde die anregende Versammlung geschlossen.

**Röm.** Am 16. Januar gutbesuchte Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht. 4. Wahlen. 5. Verschiedenes. Kollege Ruhn gab einen eingehenden Bericht über das verfloßene Jahr, woraus besonders hervorgeht, daß sich der Vorstand hauptsächlich mit der Jugendgruppe befaßt hatte, um die Lehrlingsjückerie zu bekämpfen. Verschiedene Unternehmer wurden gerichtlich belangt und deren Lehrlinge zwangsweise entlassen. Die Steinsehergruppe hat sechs Mann eingebüßt, wogegen die Steinmehrer und Marmorarbeiter auf ihrem Stand geblieben sind. Zum Schluß des Berichtes gab Ruhn der Hoffnung Ausdruck: Möge im neuen Jahr die Wirtschaftskrise ein Ende nehmen und den Kollegen eine bessere Arbeits Gelegenheit bringen. Den Kassenbericht gab der Kollege Ruetz. Die Revisoren bestätigten, daß die Kasse in bester Ordnung, einstimmig wurde Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren die Kollegen Reichert, Margen und Stöcker. Gauleiter Braun machte darauf aufmerksam, daß es ihm auch dieses Jahr gelungen ist, die Steinmehrer aus der Saisonfürsorge herauszubekommen. Zum Schluß ermahnte Kollege Ruhn, dem Verbands die Treue zu halten, zu werden und der Zukunft mit Kampfesmut entgegenzutreten.

**Söwenberg.** Generalversammlung am 14. Januar 1931. Der Vorsitzende, Kollege Beilharz, gibt die Abänderung des Lohn- und Manteltarifs mit dem jetzt üblichen Lohnabbau bekannt. Im Lohn- tarif sollen die Stundenlöhne um 10 Prozent gekürzt werden, ferner ein Abbau des Affordzuschlages um 20 Prozent. Unsere Gegenforderung ist: a) für Arbeiten außerhalb des Betriebes 10 Prozent, b) für Arbeiten an mit Öl gestrichenen Fassaden und für das Bearbeiten von Kunststein, Beton, Kunitzputz usw. am Bau 20 Prozent, c) bei auswärtigen Arbeiten, die Uebernachten erfordern, eine Auslösung von 4 Stundenlöhnen. Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer wurden wiedergewählt. Neu als Revisor Steinseher Kollege Stolpe. Leiter des Ortsausschusses. Kollege Beilharz gibt den Jahresbericht bekannt. Die wirtschaftliche Lage war während des Jahres 1930 die denkbar schlechteste. Unser Ortsausschuß hatte ganz besonders darunter zu leiden. Die Bestrebungen der Unternehmer, die Löhne abzubauen, konnten zum größten Teil abgewehrt werden. Auskünfte wurden 1930 483 gegeben, davon mündlich 327, schriftlich 156. Dem Ortsausschuß gehören 12 Gewerkschaften mit einem Mitgliederbestande von 623 an. Auch konnte der Ortsausschuß 1930 sein 25-jähriges Jubiläum feiern. Die Versammlung schloß mit dem Wunsch, daß die neugegründete Steinmehrhütte G. m. b. H. unter Leitung von Friß Beilharz und Max Riedel die noch restlichen Kollegen dem Produktionsprozeß zuführt!

**Uebermashofen.** Am 17. Januar Generalversammlung. Auf der Tagesordnung standen drei Punkte. Zum ersten gab der Vorsitzende in kurzen Umrissen den Kassenbericht, der von den Kollegen dankend angenommen und Entlastung erteilt wurde. Auch unsere kleine Zahlstelle ist zu zwei Dritteln von der Arbeitslosigkeit betroffen. Vorsitzender ermahnte die Kollegen, zum Verband zu halten, damit sie nicht der Willkür der Unternehmer anheimfallen. Einstimmig wurde beschlossen, einen Lokalzuschlag von fünf Pfennig auf ein halbes Jahr einzuführen. Bei der Wahl wurden erster und zweiter Vorsitzender wiedergewählt, als Kassierer Hans Schorr und Albrecht Friedrich als Revisor neugewählt. Die Schriftführung wurde dem Vorstand überwiesen. (Die zweite Seite im Manuskript wurde gestrichen. Red.)

**Rastenburg.** Am 8. Januar fand die Generalversammlung in Rastenburg statt. Auch unser Bezirksleiter Casper aus Königsberg war erschienen. Zu Punkt 1 verlas der Vorsitzende, Kollege Kahner, den ihm zugegangenen Bericht über die Bezirkskonferenz, der von den Kollegen sehr aufmerksam entgegengenommen wurde. Kollege Casper schilderte dann die schwere Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, daß die Technik immer weitere Fortschritte macht, darunter haben wir Steinarbeiter zu leiden. Weiter ging er mit kritischen Worten auf die Zerstückelungsarbeit der AGD. ein. Er ermahnte die Kollegen, fester als bisher zusammenzuhalten, damit wir dem geplanten Lohnabbau der Unternehmer mit geschlossener Macht entgegenzutreten können. Festgestellt wurde, daß der Kassierer die Bücher zur vollen Zufriedenheit geführt hat, worauf der Kassierer entlastet wurde. Zu Punkt Neuwahl wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Unter Vorsitzendes wurde bemängelt, daß sich immer noch Steinarbeiter in anderen Verbänden befinden. Trotz des Abkommens mit dem Bauergewerksbund ist es nicht möglich gewesen, diese Kollegen zu uns heranzuziehen. Die Werbetätigkeit muß aufs höchste gefördert werden, damit so bald wie möglich diese Kollegen in unseren Reihen stehen. Dann konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß auf dem Klagewege für einige Kollegen Landgelder in Höhe von 1036,30 Mark herausgeholt wurden.

**Wildemann.** Am 17. Januar Generalversammlung. Die Tagesordnung lautete: Rückblick über 25jähriges Bestehen der Zahlstelle, Kassenbericht, Wahlen und Verschiedenes. Der 1. Vorsitzende besprach die Entwicklung der Zahlstelle und forderte die Versammlung auf, zu Ehren unserer verstorbenen Gründer sich von den Vätern zu erheben. Der Kassenbericht ist unter den von der Wirtschaftsfördernden Verhältnissen noch als gesund anzusehen. In den Vorstand wurden neugewählt: H. Mai II, 2. Vorsitzender; Gustav Auber, Schriftführer; Wilh. Mai, Revisor. Zum 25-jährigen Jubiläum sowie zur Fahnenweihe wurde ein Festauschuß gewählt, der das Programm ausarbeitet und in der nächsten Monatsversammlung darüber berichtet. Die Lohnsteuererstattung erfolgt wie immer. Dann fand noch eine Aussprache über die neugegründete Arbeitersportvereinigung statt, die schon über 40 Mitglieder zählt.



# Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

## Berjammlungen.

- Am 7. Februar in Augsburg um 17 Uhr, im Volkshaus.
- In Charlottenburg-Berlin um 19 1/2 Uhr bei Köhlich, Schloßstraße.
- Am 12. Februar in Zittau, um 14 Uhr, im Volkshaus.
- Am 22. Februar in Cöpenick-Berlin um 10 Uhr, bei Waldow, Berliner Straße 19.

Die örtliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt: in Spremberg N.-L.

Köln. Die Versammlungen der Zahlstelle finden bis auf weiteres jeden 3. Freitag im Monat im Verbandslokale Sepp Vogl, Rämmergasse 18 statt. Nächste Berjammlung 20. Februar.

Seuchen. Krank oder arbeitslos werdende Mitglieder unserer Zahlstelle werden gebeten, sich sofort beim Kassierer zu melden; dagegen werden alle Unterführungen nur Sonnabends, und zwar von 13 bis 15 Uhr vom Kassierer Christ. Franz zur Auszahlung gebracht.

Berlin. Die invaliden Kollegen erhalten ihre Invalidenunterstützung am Freitag, 13. Februar, von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr.

Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenvorstand. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung! — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig.

# Adressenänderungen

- Gau: Heinrichswalde. Vorj.: Emil Jehrmann I. — Neustettin. Vorj.: Hans Raddag, Grünstraße 31. Kass.: Otto Kleinschmidt, Grasweg (Barade).
- Gau: Gleiwitz. Kass.: M. Hande, Ludwig-Richter-Straße 8. — Sagan. Vorj.: Paul Dittrich, Grüntalerstraße 29. Kass.: A. Tschentke, Fischendorfer Straße 32.
- Gau: Niederfriebersdorf. Vorj.: Reinhold Schönbach, Ebersbach i. Sa., Heimweg 13.
- Gau: Altenburg. Kass.: Max Schindler, Nikolaikirchhof 51. — Apolda. Kass.: Otto Ehardt, Alexanderstraße 42. — Altheim. Vorj.: Albert Schröder, Breite Straße 5. — Wittenberg. Postbezeichnung für Melzig: Wittenberg (Bez. Halle) Land. — Zörbig. Kass.: W. H. Herbsleb, Leipziger Straße 7. — Alstedden. Vorj.: Friedr. Wagner, Breiter Weg 180. Kass.: Richard Gremler, Sonnenstr. 6. — Erfurt II. Vorj. u. Kass.: Karl Seiber, Seydlitzstr. 15.
- Gau: Dortmund II. Vorj.: Fritz Scholl, Destermarschstr. 54. Kass.: Gottfr. Brademann, Andreasstr. 5.
- Gau: Obernheim. Vorj.: Fritz Höhn.
- Gau: Neuhäus. Vorj.: Hans Untermeierhofer. — Eriebendorf. Vorj.: Baptist Leibold. Kass.: Alois Zeitler, Wieselau Nr. 31 (Oberpf.). — Seußen. Vorj.: Christian Tröger.
- Gau: Jphosen. Kass.: Urban Endres.
- Gau: Alendorf. Vorj.: Heinrich Schmidt III. Kass.: Hermann Daub.
- Gau: Duderstadt. Kass.: Karl Beckmann, Pferdeteich 14.
- Gau: Neukloster. Vorj.: Wilhelm Dombrowsky, Moltkestraße.

# Briefkasten

Gült. A. Sch. Die Invalidenversicherung gewährt Pflegeunterstützung nicht. Unter „Fürsorgeleistungen“ wird auf die Bestimmungen über Fürsorgepflicht vom 19. Februar 1924 und der dazu erlassenen Reichsgrundzüge über Voraussetzung, Ort und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 verwiesen. Demnach muß der Antrag auf Gewährung von Pflege bei der Gemeindebehörde des Wohnortes gestellt werden.

Grü. Mett. Nicht zum Abdruck geeignet.

Landsberg W. Wie man solche redaktionellen Hinweise verüben kann, ist unverständlich, im allgemeinen heißt es doch: „Wenn der Red. paßt, der zieht ihn an.“ Man muß auch noch Sinn für Humor haben und wenn die Finger noch so ungelent sind, zur Namensunterstützung unter den Bericht und „Protest“ langt es doch noch. Im übrigen wirst Du eine merkwürdige Vorstellung haben von der Arbeit „der Herren in der Geschäftsstelle“. Vielleicht hast Du noch einmal Gelegenheit, Dir die Sache an Ort und Stelle anzuschauen.

Anfrage 2.: Meine Frau hat in meiner Abwesenheit von einem Reisevertreter für 60 Mark Wäsche gekauft und einen Bestellchein unterschrieben. Ich bin der Meinung, daß mich das nichts angeht; denn ich bin jetzt gerade arbeitslos. — Antwort: Leider bist Du im Fretim. Die Frau ist berechtigt, in Deinem Namen zu unterschreiben, wenn es sich um häusliche Dinge wie Wäsche handelt. Du mußt bezahlen. Am besten ist es, wenn Du der Firma Deine Lage schilderst und entweder um Stundung oder Rückgängigmachung bittest.

Anfrage 3.: Ich habe einen Unfall erlitten. Mein Arm war gebrochen. Nach 12 Wochen wurde ich wieder arbeitsfähig geschrieben mit einer Woche Schonung. Bekomme ich Unfallrente? — Antwort: Zunächst wissen wir nicht, ob es sich um einen Betriebsunfall handelt. Nur Betriebsunfälle werden entschädigt. Aber wenn es auch ein solcher wäre, so wirst Du wahrscheinlich deswegen nichts bekommen, weil Deine Erwerbsunfähigkeit nicht über die 13. Woche hinaus andauert hat.

S. S. Wölfl. Deine vielen Fragen können an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Fordere die Frau auf, zurückzukommen, lehnt sie das ab ohne triftigen Grund, dann zahle nicht. Für die Kinder jedoch mußt Du aufkommen. Im übrigen wende Dich an einen Rechtsanwalt.

Anfrage 4. in B. Beide Fragen beantwortet klar und verständlich § 4, Absatz 3 und § 5, Absatz 9 und 11 und die folgenden in unserem Verbandsstatut. Bei der Unterstützungsberechnung und -dauer wird immer die Zahl der geleisteten Vollbeiträge zugrunde gelegt, nicht die Zahl der Mitgliedsjahre. Lasse dir von der Zahlstellenverwaltung evtl. ein Statut aushändigen.

L. 3. In die 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit sind wahrscheinlich die 30 Prozent vom Militär eingerechnet, sonst hätte Dich die Heilanstalt kaum als „arbeitsfähig“ entlassen. Invalide im Sinne des Gesetzes ist nur der, dessen Erwerbsunfähigkeit auf 66 2/3 Prozent ärztlich festgestellt wurde. Wir raten, nach einer gewissen Frist einen Antrag auf Invalidenrente zu stellen, gestützt auf ärztliches Gutachten.

# Rundschau

„Weihnacht der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse“ lautet die Überschrift einer weltbewegenden Notiz in der christlichen „Steinarbeiter-Zeitung“ vom 31. Januar 1931. Neben einigen anderen Zeitungen unserer Gewerkschaftsrichtung wird auch „Der Steinarbeiter“ apostrophiert und ihm nachgesagt, er habe bei der Zitierung des christlichen uns in der Schule eingetrichterten Weihnachtsspruches „... und den Menschen ein Wohlgefallen“ den dazu gehörenden Halbjaß „die eines guten Willens sind“ — unterlassen. Der fromme Mann, der sich darüber nun künstlich aufregt und sogar von „unterschlagen“ schreibt, zitiert aber nicht einmal den „Steinarbeiter“ richtig, denn dessen Äußerungen macht er sich durch falsche Stellung der sogenannten Gänsefüßchen gar noch zu eigen. Abgesehen davon ist es zweifellos frivol, einem anderen Blatte Unterschlagung vorzuwerfen, das, wie unser „Steinarbeiter“, durch den Vermerk „unter anderem“ klar angedeutet hat, worauf es ihm ankommt. (Siehe Weihnachtsspruch im „Steinarbeiter“ Nr. 52, 1930.) „Unterschlagen“ scheint demnach in der christlichen „Steinarbeiter-Zeitung“ noch ein sehr unstrittener Begriff zu sein. Sollte jedoch mit der an und für sich wirklich albernem Apoptrophierung des „Steinarbeiter“ zum Ausdruck gebracht werden, daß ihm von der christlichen Lehre seit der Schulzeit durch das praktische Leben sehr vieles als unnützer Ballast weggeschwemmt wurde, dann ist das allerdings richtig. Schaden wird so etwas — wenigstens nie tun immer so — nur bei denen anrichten, die die christlichen Sprüche und Weisheiten in Erbpacht genommen haben.

Aufbau nationalsozialistischer Gewerkschaften. Nachdem die Kommunisten dazu übergehen, eigene Gewerkschaften aufzubauen, scheinen die Nationalsozialisten den gleichen Weg beschreiten zu wollen. Ueberhaupt kann man zu diesen Arbeiterfeinden links und rechts nur sagen: gleiche Brüder, gleiche Kappen. Aus einem „sireng vertraulichen Rundschreiben“ wird uns bekannt: „Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär hat die Aufgabe, die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus aufzubauen. So wie der Straßenzellen-Obmann systematisch Wohnung für Wohnung, Haus für Haus, Straße für Straße bearbeitet, so hat sich der Betriebsfunktionär Arbeitsraum für Arbeitsraum, Abteilung für Abteilung, Betrieb für Betrieb vorzunehmen. Offene Propaganda kann mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nur vor oder nach der Arbeitszeit und in den Pausen ausgeübt werden. Während der Arbeitszeit ist Vorsicht geboten (ohne daß deswegen die Propaganda zu ruhen braucht!). Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, aber politisch muß er den Weg zur NSDAP gehen. Gewerkschafts- und NSDAP-Mitgliedschaft schließen sich nicht aus. Die NSDAP sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellen-Organisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“

Eine neue Gefahr ist im Anzug! Jeder Arbeiter sollte wissen, was hier auf dem Spiele steht. Unternehmer, Kommunisten und Nazis arbeiten in enger Gemeinschaft, um die Front der Gewerkschaften einzudrücken. Die Einstimmigkeit dieser drei sollte zu bedenken sein. Hingzu kommt noch eins, daß die Unternehmer mehr und mehr die Neigung verspüren, freiwerdende Stellen durch Nationalsozialisten zu besetzen. Letztere haben in geheimen Rundschreiben den Unternehmern den Grundsatz einzuhämmern versucht: Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten! Hieran ist zu ersehen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Außerste Aufmerksamkeit ist am Platze.

Der Luzus der Industriellen-Söhne. Die sächsischen Industriellen haben kürzlich eine große Rundgebung veranstaltet, wo über die spezielle Not der sächsischen Wirtschaft viel geredet wurde. Es kann nicht bezweifelt werden, daß sich Sachen in einer außergewöhnlichen Krise befindet. Sachen gehört zu den bedeutendsten Industriezentren in Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist hier doppelt so hoch als im Reichsdurchschnitt. „Ungefähr“ 3000 Industrielle waren in Chemnitz verammelt, außerdem hohe und höchste Herrschaften, darunter auch Reichskanzler Brüning. Ueber der Versammlung lag eine äußerst nervöse Stimmung, die sich in Zwischenrufen auslud. Der Hauptredner des Tages, Dr. Klien, Ministerialdirektor im sächsischen Wirtschaftsministerium, schilderte die Not der sächsischen Wirtschaft. Nach dem Berichtstatter des „Vorwärts“ begab sich dabei folgendes: „Der Redner beklagte, daß die Industriellen-Söhne nicht mehr so bescheiden lebten wie ihre Väter. Sie entfalteten im Gegensatz zu früheren Generationen einen Luxus, der sich nach außen und innen schädlich auswirkte. Das Ausland, das diesen Luxus ließe, würde sich nicht zu einer Herabsetzung der Tributlasten bereitfinden, und im Innern sei es unmöglich, den Abbau der sozialen Lasten zu fördern, solange nicht der Luxus abgebaut würde. Hier brach die Versammlung in laute Protestrufe aus, die sich zu einem Sturm steigerten, als Dr. Klien der Versammlung zurief: „Wer nicht geschunden wird, wird nicht erjogen!“ Ein kräftiges Nui war die Antwort.“ Dieser Zwischenfall ist bemerkenswert. Die Herren Industriellen wollen es nicht hören, daß sie, beziehungsweise ihre Angehörigen, trotz der Not, nach wie vor Luxus treiben. Deshalb verfeigen sie sich zu der Disziplinlosigkeit, einen ihnen wohlgesinnten Herrn der Regierung einfach niederzuschreiben. Dieser Vorfall ist für den Seelenzustand unserer Industriellen sehr bezeichnend.

Mitte Januar in Deutschland 4 765 000 Arbeitslose. Wir feuern der fünften Million zu. Vielleicht ist sie im Augenblick schon überschritten. In der ersten Januarhälfte war eine Zunahme von 408 000 zu verzeichnen. Aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung wurden Mitte Januar 2 396 000 Personen und aus der Krisenfürsorge 739 000 Arbeitslose unterstützt. Die übrigen befinden sich in der Wartezeit oder unter den Wohlfahrtserwerbslosen oder sie erhalten keine Unterstützung. Wenn dieser Zuwachs auch in den nächsten Wochen noch anhält, dann erreicht die Arbeitslosenziffer eine Höhe, die bisher niemand für möglich gehalten hätte. Es ist der Bevölkerung allerhand von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, von Anturbelungen usw. erzählt worden, von einer Wirkung hat niemand etwas verspürt. Man muß sich an den verantwortlichen Stellen darüber klar sein, daß die Dämme auch mal reißen können. Wenn sich die Empörung bis zur Siedehitze steigert, so ist keineswegs der Verlauf der Dinge abzuhellen. Möge diese schwere Gefahr früh genug erkannt werden. Aus der dargestellten Entwicklung ist die offizielle Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Mittels Lohnabbau und anderen Maßnahmen glaubt man die Wirtschaftskrise zu mildern. Das Gegenteil ist eingetreten. Der dadurch bewirkte Kaufkraftausfall hat die Krise nur verschlimmert. Noch niemals ist eine Wirtschaftspolitik so zusammengebrochen als die, welche in den Regierungskabinetten und Unternehmerräten bis heute noch als allein richtig angesehen wurde.

Am Wendepunkt der Konjunktur? In Köln wurde eine Zweigstelle der deutsch-amerikanischen Handelskammer eröffnet. Der amerikanische Botschafter Frederic M. Sackett ging in seiner Rede auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrieländer ein. Er erklärte, daß zu Anfang des neuen Jahres bemerkenswerte Anzeichen dafür vorhanden seien, daß der tiefste Stand der Wirtschaftskrise erreicht ist. Die wirtschaftliche Genesung ist schmerzhaft und langsam, aber sie folgt im allgemeinen den Bahnen ähnlicher in der Vergangenheit durchgemachter Depressionen. Die Genesung wird, obwohl stetig, doch langsam kommen. Sackett ist der Ansicht, daß der mit so vielen Schwierigkeiten gelegte Grund stark und reich genug sein wird, um darauf eine gesunde und haltbare Wirtschaft aufzubauen. In einer weltumfassenden Depression kann die daraus entstehende Genesung nicht örtlich bleiben. Sie wird sich in allen anderen Staaten fühlbar machen. Die Zeit ist da, so erklärte der amerikanische Botschafter, daß vernünftige Männer in der ganzen Welt einsehen, daß Friede in der Welt die unumstößliche Notwendigkeit für das Blühen und Gedeihen aller bedeutet. Hoffentlich hat Herr Sackett mit seiner Prophezeiung, der Tiefstand der Krise sei erreicht, recht.

# Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In Dobrilugt versucht der Inhaber des Schleiferbetriebs, Herr K o p p e, durch Androhung der Entlassung die Belegschaft zu einer dem Tarif widersprechenden Vereinbarung zu zwingen. Von dort fernbleiben!

5. Gau: Muppertal-Barmen. Im Bereich der Zahlstelle sind ernste Differenzen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgebrochen. Die Steinsehmeyer diktieren einen 20 1/2-prozentigen Lohnabbau und legen jedem Kollegen einen Revers vor, in dem er sich unterschreibt mit diesem Raub einverstanden erklären soll. Sämtliche Kollegen haben ein solches Ansinnen abgelehnt, und sind infolgedessen entlassen worden.

8. Gau: In Burglindstadt ist der Werkplatz der Fa. Steinwerke A. D i r o l l G. m. b. H. für Steinmehl, Säger und Schleifer gesperrt. Die Firma beabsichtigt, einen Lohnabbau bis 30 Prozent durchzuführen.

10. Gau: Im Bezirk Wernigerode a. Harz sind folgende Firmen für Steinarbeiter gesperrt wegen außerordentlicher Lohnreduzierung und sonstigen Verschlechterungen vor Tarifabschluss: S. W e g e n e r, G. S t r u b, W o l f r a m, G. K i z a u, H a n n o v. B a l a t w e r k e.

# Neue Bücher und Zeitschriften

„Gegen Spaltplage — KSS, Kaiserleute, Nazis“ lautet der Titel einer Schrift vom Deutschen Bauergewerksbund im eigenen Verlag soeben herausgegeben. Es ist eine wirklich zeitgemäße praktische Broschüre, die auf 48 Druckseiten das Material, die Richtlinien, Statuten und Abreden der drei Spaltplage wirkungsvoll zusammenstellt. Im Tageskampf der Gewerkschaften gegen die mautrevolutionären und gegen die faschistischen Bestrebungen füllt die Schrift eine Lücke aus.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Heyde, Wert und Wirtschaft, Verlagsgesellschaft, Berlin SW 48, Friedrichstraße 16. Das Werk kann auch bezogen werden durch die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, Jülicherstraße 6. Dieses Handwörterbuch will ein Wert sein, das mit wissenschaftlicher Gründlichkeit einen Querschnitt durch die Gewerkschaftsbewegung aller Länder gibt und das Augenmerk besonders darauf richtet, daß alle wesentlichen Tatsachen und Probleme auf gewerkschaftlichem Gebiet in Kürze mit ausreichender geschichtlicher Fundierung unter Einbeziehung der einschlägigen Literatur und starker Heranziehung des internationalen Materials, jedoch in erster Linie auf die Bedürfnisse des deutschsprachigen Benutzers zugeschnitten, zur Darstellung kommen. Seinen wissenschaftlichen Charakter erweitert das Werk besonders darin, daß es sowohl die soziologischen als die wirtschaftstheoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung in einer größeren Anzahl von Artikeln in möglicher systematischer Gliederung behandelt.

Erfüllt das Wert auf diese Weise seine wissenschaftliche Aufgabe, so dient es zugleich dem praktischen Leben, dessen Bedürfnissen es sich als Informations- und Nachschlagewerk mit alphabetischem Aufbau anpaßt. Von allen organisatorischen Grundtatsachen des Gewerkschaftswesens vermittelt das Handwörterbuch ein ausreichendes Bild. Es ist zugleich bemüht, eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung sowie der politischen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung aller Industrieländer zu geben. Die deutschsprachigen Gewerkschaftsverbände aller Richtungen und die führenden Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Arbeit stehen, werden im Verzeichnis unter eigenen Stichworten aufgeführt. Aus den Erfordernissen der wissenschaftlichen Objektivität heraus bemüht sich das Handwörterbuch, streng parteilos und ohne Tendenz zugunsten oder zuungunsten irgendeiner Richtung der Gewerkschaftsbewegung oder einer Interessentengruppe zu sein. Die Namen des Herausgebers und der Mitarbeiter bürgen dafür, daß das Handwörterbuch das unentbehrliche Nachschlagewerk für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie ein gutes Hilfsmittel für die soziologische und sozialökonomische Wissenschaft sein wird.

Das Werk erscheint in fünf bis sechs Lieferungen (je 240 Seiten Din. A. 4, 21 x 29,7 Zentimeter). Es soll innerhalb eines Jahres vollständig vorliegen. Preis je Lieferung 22,50 Mark, in der Subskription ermäßigt sich dieser Preis auf 18 Mark. Die Subskription endet bei Erscheinen der dritten Lieferung in etwa 2 bis 3 Monaten. Eine Bestellung, besonders der größeren Zahlstellen, für ihre örtliche Bibliothek, ist angeordnet. Bis jetzt liegen 2 Lieferungen vor. Inhalt und technische Ausführung ist gut. Das gesamte Werk wird eine erhebliche Ergänzung der bisherigen Literatur über die Gewerkschaftsbewegung darstellen. Die Gewerkschaftsbewegung kann die Herausgabe nur aufrichtig begrüßen und ihr weiteste Verbreitung wünschen.

„Der Buchertreis“, Vierteljahrszeitschrift, 7. Jahrgang, 1931, Heft 1, S o n n a b e n h e f t. 6. M. b. H., Berlin SW 61, Preis 90 Pfennig. Sehr neue technische Errundung, die unser kulturelles Leben bereichert, wirft auch kulturpolitische Streitfragen auf. Denn jede der im heftigen Streit miteinander liegenden Weltanschauungen und Parteien stellt ihre Forderungen an das neue Kulturinstrument, kritisiert seine Handhabung und versucht, Einfluß darauf zu gewinnen. So begann auch sofort nach Ausgestaltung der technischen Grundlagen der kulturpolitische Kampf um Film und Kunstform.

Das vorliegende Heft des „Buchertreises“ faßt die Forderungen zusammen, die von der sozialistischen Arbeiterpartei und ihren Kulturpolitikern an Film und Kunstform gestellt werden. Da eine solche Zusammenfassung bisher fehlte, ist seine Veltüre auch für den Gegner der hier vertretenen Auffassungen lehrreich und anregend. Das Heft enthält ferner Mitteilungen über die Neuererscheinungen des „Buchertreises“ im 1. und 2. Vierteljahr 1931.

Das Holz und seine Bewertung von William Herz, Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Mit 15 Abbildungen. Brochiert 1,50 Mark, in Ganzleinen 2 Mark, Vorzugsausgabe 2,75 Mark.

Im ersten Teil des Buches macht man einen kleinen Spaziergang durch die Weltgeschichte, obwohl man, „noch nur das Holz zu suchen im Sinne hatte“. Auf die Weltreise erhebt man, wie die Veränderungen in der Bedeutung und Bewertung des Holzes dem Strome der geschichtlichen Entwicklung folgten. So wird man immer aus der Perspektive des Holzes — von den Anfängen der menschlichen Kultur bis zu jüngsten Gegenwart geführt. Hier wird die geschichtliche Betrachtung für den Leser zu dem roten Faden, der ihm den Eintritt in das scheinbare Labyrinth der modernen Wissenschaft und Technik gestattet: Holzbautechnik, Holz als Werkstoff, die Entstehung des Papiers, die Herstellung der Kunststoffe, Holz als „genießbares“ Holz. Was wird aus Holzabfällen angefertigt? — diese und viele andere Fragen werden knapp und verständlich beantwortet. Aber nicht Triumph der Technik werden hier gefeiert: In dem Kapitel über Rationalisierung in der Holzindustrie wird der Gegensatz zwischen Entwicklungshöhe der Technik und Lebenslage der Arbeiterpartei beleuchtet. Und schließlich lehren die Erörterungen über den Zusammenhang zwischen Holztechnik und Bedeutungswechsel des Holzes vom Verbrauchsgut zum Rohstoff, über das Verhältnis des wachsenden Holzbedarfs zur Waldpflege und über die Verknüpfung von kapitalistischer Wirtschaftsweise und drohender Holznot, daß die Erschütterung, die heute durch das gesamte wirtschaftliche Leben geht, auch auf diesem Gebiete nicht ohne Reibung geblieben ist. Das Buch verdient infolge interessanter und leichtverständlicher Schreibweise des Verfassers weiteste Verbreitung.

„Die Gemeinde“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pf. 3a beziehen durch alle Postkontrollen und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

# Anzeigen

Berlin Werkstatt. Marmor- und Kunststeingruppe. Am Dienstag, 10. Februar, 16.30 Uhr, Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Der Saal muß um 19 Uhr geräumt werden daher Pünktlichkeit. Gustav Nitsche.

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl. Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Post-scheckkonto Berlin 3698, in den Filialen Bremer, Postscheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 32530 sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

# Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Ochsenfurt (Bezirk Würzburg). Am 15. Januar der Steinmetz V a l. S c h i e ß, 45 Jahre alt, 14 Tage krank, Lungentzündung.

Chemnitz. Am 19. Januar der Steinsetzer Walter Kaulfuß, 46 Jahre alt, Gasvergiftung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



Nationalsozialistische Gewerkschaftszerstörer

Die Verzweiflungstimmung im deutschen Volke, die entstanden ist aus den trübsamen Zuständen der deutschen Wirtschaft, hat aus der Bedeutungslosigkeit der Hitlerbewegung einen politischen Machtfaktor gemacht. Die Gewerkschaften könnten über diese Tatsache zur Tagesordnung übergehen, wenn die Nationalsozialisten es nicht als ihre Aufgabe betrachten würden, die wirtschaftlichen Berufsorganisationen der Arbeiter zu zerlegen.

Man muß die kapitalistischen Geldgeber zu Frieden stellen, und das kann man zweifellos am besten durch die Schwächung der Gewerkschaften.

Hitler selbst gesteht es ganz offen, daß sein Ziel die Zerschlagung der Gewerkschaften ist. In seinem Buch „Mein Kampf“ schreibt er: „Es gab also nur zwei andere Möglichkeiten: Entweder den eigenen Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszugehen, oder in den bisherigen zu bleiben, um dort möglichst destruktiv zu wirken.“

Die Proben kennzeichnen den nationalsozialistischen Schwindel. Im Abschnitt 17 des nationalsozialistischen Programms heißt es nämlich, die Nationalsozialisten fordern die Enteignung des Grund und Bodens. Da an diesem Punkte die Geldgeber der Nationalsozialisten, die sich im Unternehmerlager und hauptsächlich unter den Großagrariern befinden, Anstoß nehmen, hat Hitler jetzt eine „Auslegung“ dazu geschrieben, in der es heißt, daß damit nur der „unrechtmäßig“ erwerbene Grund und Boden gemeint ist.

Der Gewerkschafter muß sich über die Zusammensetzung der nationalsozialistischen Bewegung ein klares Bild machen. Er konnte sie solange links liegen lassen, wie sie sich darauf beschränkte, in der Politik eine Rolle zu spielen. Aber jetzt, wo sie nach dem „Völkischen Beobachter“ es auch als ihre Aufgabe betrachtet, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aus ihrer marxistischen Einstellung zu befreien, muß er sich zur Abwehr rüsten.

Die Hitlerbewegung nennt sich „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“. Diesen Titel hat Hitler gewählt, um Arbeiter für seine Bewegung einzufangen. Hitler und seine Anhänger bekämpfen alle sozialistischen Tendenzen, sie nennen sich aber „Sozialist“ und „Genosse“.

Gegenüber zu dem jungen männlichen Element der Hitlerbewegung merkwürdigerweise viele ältere Mädchen, die mit Hitler die Welt „sittlich erneuern“ wollen. Es sei erwähnt, daß der Nationalsozialist Jaber erklärt hat, die Frau soll wieder „Magd und Dienerin“ sein.

Auch den Sozialismus hat Hitler inzwischen abgeschrieben. Solange seine Partei klein war, wurde in der nationalsozialistischen Bewegung viel von „Sozialismus“, so wie sie ihn verstanden, geredet. Jetzt hat Hitler in einer zweistündigen Rede in Berlin erklärt:

„Der Nationalsozialismus ist nicht etwa eine sozialistische Idee mit nationalem Vorzeichen, sondern bedeutet Aufrichtung einer deutschen Herrenmoral, die weder proletarisch noch bürgerlich ist.“

Und im „Völkischen Beobachter“ schreibt Hitler: „diese Unterstellung ist genau so töricht, wie die andere Lüge, wir wollten das Privateigentum abschaffen... Deshalb ist dieses ganze Geschrei vom „raublustigen Antikapitalismus“ der Nationalsozialisten, mit dem man den guten Bürgern angst machen will, eine große Irreführung... Die Entthronung der Ausbeuter, die wir Schritt um Schritt in Angriff nehmen werden, ist in Wahrheit keine Attacke gegen das Kapital, sondern die Vorbedingung für die Rückkehr zu einer gesunden Privatwirtschaft.“

„Die Nationalsozialisten wenden das Wort Sozialismus auf einen ethischen Begriff an und werden daher von der Allgemeinheit der Arbeiterschaft für eine Art von Betrügnern angesehen.“

Nach diesen Proben weiß man, daß die Nationalsozialisten mit dem der Arbeiterschaft heiligen Wort nur Betrug treiben. Die Führer der Nazis wissen, welche Bedeutung die sozialistische Idee in der freien Gewerkschaftsbewegung hat, deshalb haben sie auch nichts dagegen, wenn ihre Anhänger in den Gewerkschaften als „Sozialist“ wirken. Man muß diesen Betrügnern, die Straßer, ein Führer der Nazis, als „Lumpen und Betrüger“ bezeichnet hat, die Mäste vom Gesicht nehmen. Hitler denkt nicht daran, den Sozialismus einzuführen, er dient ihm nur als Mittel, die sozialistische Bewegung im Sinne seiner kapitalistischen Geldgeber zu zerlegen.

Dann steht nach vielen eindeutigen Zeugnissen fest, daß die Hitlerbewegung von dem Unternehmertum finanziert wird. Sie wollen diese Tatsache durch das wüste Geschrei verdunkeln, daß sie behaupten, die Sozialdemokratie bekomme von reichen Juden Geld.

Im „Deutschen Tageblatt“ schreibt der ehemalige Hitleranhänger von Ramin, daß Hitler „von einem bekannten Berliner Politiker nicht nur Geld bekommen, sondern sich in dessen Büro auch Instruktionen geholt“ habe. Als Geldgeber und Instruktionerteiler wird Herr von Borstig genannt. Ferner ist bekannt, daß der sächsische Industrielle Mutzmann der Nationalsozialistischen Partei allein im Jahre 1929 rund 70 000 Mark gegeben hat. Der bekannte Schriftsteller Kirckhoff gehört ebenfalls zu den Geldgebern.

Diese Tatsachen genügen, die Hitlerbewegung zu charakterisieren. Von den Unternehmern ausgeht, ist sie dazu bestimmt, die Arbeiterbewegung zu zerlegen. Aber den Unternehmern genügt es nicht, daß die Nazis in den Parlamenten das Maul aufreißen und im Lande Versammlungen sprengen. Sie wollen andere Taten sehen. Die Nazis sollen vor allem die Gewerkschaften unterhöhlen, sie sollen die wirtschaftliche Macht der Arbeiter vernichten. So wollen es die Geld- und Instruktionerteiler der Nationalsozialisten. Weil die Nationalsozialisten bisher auf diesem Gebiete nichts geleistet haben, deshalb sind ihre Auftragserteiler unzufrieden mit ihnen.

Die Unternehmer fürchten nichts so sehr wie eine mächtige geschlossene Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeiter können eher eine große gegnerische Partei ertragen. Der organisierte Arbeiter kann hier nicht mehr stillschweigend zusehen. Wer im Sinne Hitlers an der Zerstörung der Gewerkschaften arbeitet, dem muß deutlich die Wahrheit gesagt werden. Die Hitlerbewegung ist eine Unternehmerrunde, sie soll die kapitalistische Profitwirtschaft vor dem Untergang retten. Aber auch aufläuternd muß der organisierte Arbeiter wirken. Man muß offen und verständlich mit den Hitlerleuten sprechen.

Der Arbeiter, der Hitler nachläuft, wird mißbraucht zu dunklen politischen Geschäften. Er schenkt sein Vertrauen politischen Hochstaplern. Darum fort mit dem Hitlergeist! Hoch die freie sozialistische Gewerkschaftsbewegung!

Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Die Gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter

Einzelne Verbände pflegen in ihrer Presse eine Fülle von Angaben über die Betriebsratswahlen und den Stand der Arbeitervertretung in den Betrieben zu bringen. Ein Gesamtüberblick über den Ausgang der Wahlen im Jahre 1930 konnte aber bis jetzt nicht gewonnen werden, da es der Berichterstattung der Verbände an Einheitlichkeit fehlte. Erst jetzt, mit großer Verspätung, die hoffentlich bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen 1931 vermieden werden kann, sind wir instande, die nachstehende Uebersicht bekanntzugeben, die die Berichte von 18 Verbänden zusammenfaßt. Es fehlen hier Berichte für das Baugewerbe (Baugewerksbund, Zimmerer, Dachbeder), wo die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter auf besonderen Grundlagen ruht, und für das Bekleidungs-gewerbe, wo die Erhebung durch die Vorherrschaft von kleineren Betrieben erschwert wurde. In den übrigen Gewerbezweigen sind in den Mittel- und Großbetrieben insgesamt etwas mehr als 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Da aber die Betriebsratswahlen in der Regel nicht in sämtlichen dazu berechtigten Betrieben stattfinden (in erster Linie scheiden viele Mittelbetriebe aus), muß die Zahl der Arbeiter, die sich an den Betriebsratswahlen 1930 beteiligt haben, erheblich unter 7 Millionen liegen. Die in der Tabelle zusammengefaßten Berichte beziehen sich auf Betriebe mit rund 5,9 Millionen Beschäftigten, sie geben also den Ausfall der Betriebsratswahlen mit ausreichender Vollständigkeit wieder.

In den erfaßten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich wie folgt verteilen:

Table with 2 columns: free Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, H.-D. Gewerksvereine, Kommunisten, Syndikalistinnen usw., sonstige Vereinigungen, Nichtorganisierte. Includes counts and percentages.

Die freien Gewerkschaften herrschen in sämtlichen Betriebsgruppen vor: ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiterratsmitglieder schwankt zwischen 63 bzw. 76 v. H. im Bergbau und auf der Reichsbahn und etwa 95 v. H. im Buchdruckgewerbe, in den öffentlichen Betrieben, bei den Malern u. a. m. Die Christen sind besonders stark im Bergbau (18,7 v. H.) und auf der Reichsbahn (15,8 v. H.) vertreten, haben aber auch in der Textilindustrie und Metallindustrie starke Positionen (9,4 bzw. 7,8 v. H. der gesamten Arbeiterratsmitglieder). Die H.-D. haben nur unter den Eisenbahnern und Metallarbeitern eine nennenswerte Anhängerzahl. Was die Kommunisten betrifft, so ist es ihnen gelungen, bei den letzten Betriebsratswahlen ganze 1,5 v. H. der Mandate zu erobern, ein klägliches Ergebnis der Kämpfe, die unter ungeheurem Auf-

wand an Geldmitteln mit allen erdenklichen Verleumdungswaffen geführt worden sind und nach den Berichten der kommunistischen Presse so siegreich verlauten ließen. Unter den „Nichtorganisierten“ sind in den Berichten der Verbände auch die Gelben angeführt (namentlich bei den Metallarbeitern, wo diese Gruppe 3 v. H. der Gesamtzahl der Mandate in den Betriebsräten besitzt, zum Teil sind hier aber auch Elemente, die den Kommunisten nahe stehen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß gelegentlich auch nach den freigewerkschaftlichen Listen Kommunisten gewählt werden können, allerdings nur solche, denen keine gewerkschaftsfeindlichen Handlungen vorzuwerfen sind. Im ganzen sind die Kommunisten in den Betriebsräten — besonders in den Großbetrieben — immer noch stärker vertreten, als dies sich aus unserer Tabelle ergibt.

Die Wahlen in den Betrieben mit kommunistischen Oppositionslisten wurden bei der Erhebung besonders erfaßt. Die Zahl solcher Betriebe konnte nicht genau ermittelt werden, da die Angaben für den Bergbau fehlen, wo die Opposition die größte Aktivität entfaltet hat. Insgesamt spielten sich die Kämpfe in Betrieben mit etwa 1 Million Arbeitern ab (517 000 im Bergbau, 311 000 in der Metallindustrie, 86 000 im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes, 30 000 in der Textilindustrie usw.). In der Regel wurden die Oppositionslisten in den Großbetrieben eingereicht. Typisch sind in dieser Hinsicht Daten für die Metallindustrie: Hier fanden Betriebsratswahlen in 12 478 Betrieben mit 1,5 Millionen Arbeitern statt, die kommunistische Opposition hat dabei ihre Listen nur in 213 Betrieben eingereicht, in denen allerdings etwa 20 v. H. der Gesamtzahl der Metallarbeiter konzentriert sind. In der Textilindustrie wurden die Oppositionslisten in 36 Fällen, im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes in 67 Fällen eingereicht. Es wurden jedesmal solche Betriebe ausgewählt, in welchen die Opposition aus dem einen oder anderen Grunde auf Erfolg rechnen konnte. In einzelnen — allerdings außerordentlich seltenen — Fällen ist es den Kommunisten gelungen, die Mehrheit im Betriebsrat zu erhalten. Im Durchschnitt aber haben sie auch in den ausgewählten und konzentriert bearbeiteten Betrieben auf ihre gemeinschaftlich mit den „Anorganisierten“ aufgestellten Listen genau um die Hälfte weniger Stimmen gesammelt als die freien Gewerkschaften. Auf Grund der Wahlergebnisse läßt sich der Einfluß der Kommunisten in den Betrieben etwa so schätzen: bei fünf Sechstel der Belegschaften wagten sie nicht einen offenen Kampf gegen die Gewerkschaften zu liefern, bei einem Sechstel der Belegschaften haben sie 26,1 v. H. der Stimmen erhalten; im ganzen haben ihnen etwa 4 bis 5 v. H. der Arbeiter den Schutz ihrer Interessen in den Betriebsräten anvertraut, während etwa 80 bis 85 v. H. der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften hielten.

Ergebnis der Betriebsratswahlen (Arbeiterräte) im Jahre 1930

Large table with columns: Verbände, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten, Davon gehören an (dem betrieblichen Verbänden, anderen freien Gewerkschaften), Gesamtszahl der Arbeiterratsmitglieder (Betriebsobmänner), Davon gehören an (dem Verbände bzw. freien Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften, H.-D. Gewerksvereinen, kommunistischen, syndikalistischen Verbänden, sonstigen Vereinigungen), Wahlergebnis in Betrieben mit Listen der kommunistischen Opposition (Zahl der Betriebe, Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen, Es erhielten Stimmen die Liste (des Verbandes bzw. der freien Gewerkschaften, der kommunistischen Opposition, sonstige gegnerische Listen), Es kamen Vertreter auf die kommunistische Liste, Der unter Nichtorganisierte).

In Klammern [] geschätzte Zahlen. — \*) Zahl der Beschäftigten.



Nach der genähte Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Recht will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

# Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich ist, machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen

Nichts lockert mehr der Reigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

## „Ein Kind hat sich verlegt“

Zuweilen hält das Leben den Atem an und lauscht seinem Intervall; dann ist es, als stände die Zeit still.

Der ungete Stern, der uns leuchtet, wirft einen hellen Schein auf ein winziges Geschöpf, und wir tragen seine Konturen, die es in unsere Seele zeichnet, mit uns fort, bis die Schrift wieder zurückbläst in die Unsichtbarkeit. Das Herz, den Tausenden verschlossen, die neben uns auf gleicher Bahn den Reigen ihres Alltags tanzen, öffnet sich dem Einen. Und siehe: es ist auch ein Leben. Ein Leben, das uns hineinlockt in seine fremde, unbekannte Tiefe.

Stillstand des Augenblicks, zündender Funke eines inneren Erlebens, unscheinbar zwar neben dem Brand der Zeit, und doch Ursprung der hellen Flamme, die uns wärmt.

Ein rätselhaftes Ohnegesähr bündelt für Sekunden im Raumbegrenzten ein Duzend krauser Lebenslinien zu seltsam plötzlicher Brüderlichkeit, und alle Fremdheit ist wie fortgeweht. —

Ein Kind hat sich verlegt. Von seiner Stirn fließt Blut. Eine Frau kniet im Staub der brausenenden Straße und hält es im Arm.

Des Kindes Augen sind geschlossen, wachsbleich das Gesicht, das vor Minuten noch von Sonne überglänzt war; stumm im Schmerz der Mund, der eben noch lachte.

Die Frau hat das hilflose Menschlein in sich eingesenkt, als wolle sie es mit ihrem Herzblut zu neuem Leben nähren. Aus ihren Augen rinnt ein heller Schein von Sorge, Liebe und mütterlicher Angst und ihre Hände sind zwei zitternde Schalen einer tiefen Güte, die sich verströmt über das bleiche Gesicht des Kindes, das nicht ihr eigenes, ihr ganz fremd ist.

Fremd? Und doch so zugehörig, so verbunden, als wäre es die Frucht ihres Schoßes?

Menschen im Kreis. Nicht mehr eilig, nicht mehr gehetzt. Was sie hier hält, ist nicht Neugierde; die Gesichter, eben noch alltagsgespannt, lösen sich zu ungeahnter Weichheit: in diesem Augenblick sind sie alle Mütter und Väter des stummen Kindes. Es ist nicht mehr ein Kind, irgendeines, es ist das Kind, ihres, ihr Kind.

Und auch der Hochmut schweigt; es ist, als läge das Kind nackt an einer Mutter Brust, nackt und nicht in ärmlischer Kleidung; es ist eben nur Kind, leidendes, dulndendes Kind.

Und die Frau im Staub ist kein armes geplagtes Arbeitsweib, dem die Sorge harte Male in das Gesicht griffelte, sondern Mutter . . . ganz einfach Mutter, Werkzeug eines ewigen göttlichen Prinzips.

Eine Mutter, die in unverrückbarem Glauben an die Macht der Mutterliebe ihren Mund fest auf des Kindes Wunde preßt, das Bluten zu stillen, die Wunde zu schließen. Eine Mutter, die des Kindes Schmerz auf sich nehmen möchte als glückliche Bürde. — Unheimlich und voll Argem ist die Stadt.

Die Menschen sind einsam, kennen sich nicht, grüßen sich nicht. Und die Bangigkeit folgt ihnen wie ihr ewiger Schatten auf der Bahn ihres Lebens.

Aber auch wieviel Liebe blüht zwischen den bizarren Stein-schluchten der Häuser, wieviel Liebe, die sich täglich neu verschenkt, als wäre ihr Quell unerschöpflich.

Und ist diese Liebe nicht vielleicht das einzige Band, das die Stadt mit der haß- und leidenschaftgeladenen Atmosphäre gerade noch verbindet, auseinanderzuheben?

Zuweilen ist es, als hielte das Leben den Atem an, als schwiege der Lärm, als wären alle urchenlichen Instinkte gebändigt, als flute ein wärmender Strom über die hinweg, die sich fremd bleiben, die leuchtend unter der Geißel der „Zeit“ sich — und nur sich selber — nachrennen, in der Angst, sich zu veräuern. C. R.

## Das Schicksal einer Wurststulle

Von Dr. Kurt Kayser.

Menschen und Tiere haben ihre Schicksale, auch Büchsen sagt man solche nach, aber eine Wurststulle? — Nun, lieber Leser, das Schicksal einer Wurststulle, die man wohl ohne weiteres nachdenken verzehrt, ist eigenartig, ist interessant.

Zunächst nehmen wir an der Wurststulle, bevor wir sie zum Munde führen, eine Operation vor; denn da wir gut und hygienisch erzogen sind, zerschneiden wir sie mit Messer und Gabel. Kommt dann der Bissen in den Mund, so wird er hier von unseren Zähnen zermahlen. Außerdem mischt sich dem Bissen der in die Mundhöhle ergossene Speichel bei, dessen Aufgabe es ist, den Bissen nicht nur für die weitere Fahrt ins dunkle Innere des menschlichen Körpers reisefertig zu machen, sondern auch die Mehl- und Stärkekörner (Kohlehydrate) der Nahrung in verdauliche Form umzuwandeln. Bei unzerer Wurststulle ist es vorwiegend das Brot, dessen Kohlehydrate vom Speichel angegriffen werden. Nur so vorbereitet können die Bissen unzerer Wurststulle gefahrlos weiterreisen.

Mit einem kräftigen Ruck, dem Schluckakt, sausen sie auf den Schienen der Speiseröhre zu Tal und landen zu mehrstündigem Aufenthalt im Wartesaal des Körpers, im Magen. Hier geht es sehr lebhaft zu. Bald nach dem Eintreffen der Bissen gerät der ganze Magen in Bewegung und sondert für die Verdauung unseres Bissens Pepsin und Salzsäure ab. Diese leiten die Eiweißverdauung ein, d. h. sie gehen in unserem Falle den Wurststullen zu Leibe, um sie in eine, zur Aufnahme in den Körper geeignete Form überzuführen. So ist allmählich im Magen aus unserer schönen Wurststulle ein feinerkleinertes Brei geworden, der in diesem Zustande seinen bisherigen Unterkunftsraum verläßt und durch das Magentor mit kleinen kurzen Schritten in den Darm weiterwandert. Dort nehmen sich feiner, wie im Märchen, flugs eine Anzahl kleiner Heinzelmännchen, die verschiedenen Verdauungsfermente, hilfreich an. Da ist z. B. der Saft der Bauchspeicheldrüse, der ein solches Heinzelmännchen zur weiteren Aufspaltung der im Munde bereits veränderten Kohlehydrate in den Darm schickt. Da ist weiter die Galle, deren Saft in den Darm ergossen sich über das Fett oder die Butter unzerer Wurststulle hermacht und sie zusammen mit Bestandteilen des Saftes der Bauchspeicheldrüse für die spätere Aufspaltung in den Körper zurechtmacht. Hier, im Dünndarm, werden auch die Reste des Wurstbelags weiter verändert, bis schließlich unsere ganze Wurststulle so zur Verdauung reif geworden ist. Zu diesem Zwecke führt der Dünndarm gleichfalls Bewegungen aus und bringt den Speisebrei, den jetzt unsere Wurststulle darstellt, heran an die sogenannten „Darmzotten“, durch die alles für den Körper Verwertbare aufgelöst und auf dem Wege über die Lymph- und Blutbahn an alle unsere hungrigen Zellen herangebracht wird. Unverdauliche Reste werden eingedickt und unter Mithilfe von Bakterien des Dickdarms schließlich als unnützer Ballast wieder aus dem Körper hinausbefördert.

Wenn wir also eine Wurststulle verzehren, so wird dadurch ein außerordentlich feiner und komplizierter Mechanismus in Bewegung gesetzt, von dessen tabellosem Funktionieren die Verdauung abhängig ist. Damit eng für uns verknüpft sind Gesundheit und Krankheit. Sorgen wir also für die Gesundheit unserer Zähne, für gutes und kräftiges Kauen, für regelmäßige Stuhlentleerung und bei Auftreten irgendwelcher Verdauungsstörungen für rechtzeitige ärztliche Hilfe, dann wird es uns nicht schwerfallen, Gesundheit zu erhalten und Krankheit zu verhindern, belehrt durch das Schicksal einer Wurststulle.

## Was nicht jeder weiß

### Wäscherfrauen-Übergläub

Übergläub in allen möglichen und unmöglichen Formen hat sich trotz der sich aufklärten nennenden Zeit in allen Bevölkerungsschichten erhalten. Noch immer wird an das Unheil durch die Zahl 13 geglaubt, noch immer bringen Scherben Glück! — Einige besondere Übergläub-Formen haben sich unter den Wäscherfrauen erhalten. Der Wettergott soll dadurch günstig gestimmt werden, daß man zuerst die Männerunterhosen auf die Leine hängt. In anderen Gegenden ist das Trockenwetter ein Zeichen für die Treue des Mannes. Ist er treu, dann hat die Hausfrau gutes Trockenwetter, ist er untreu, regnet es, wenn die Wäsche auf der Leine hängt. Wie unsinnig solche „Theorien“ sind, braucht nicht besonders betont zu werden.

\*

### Ditten

Kennen Sie Ditten? — Ditten sind die einzelnen Stücke des auf den Halligen üblichen Brennstoffes, zu denen man hochdeutsch — zwar nicht sehr fein, aber sehr deutlich! — Rührred sagen würde! Der Rühr- und Schöpfungs wird in großen ausgemauerten Gruben bis zum Frühjahr gesammelt. Um die Osterzeit wird er in einer dicken Schicht auf dem Sande ausgebreitet, mit den bloßen Füßen kräftig durchgeknetet und in einer drei bis vier Zentimeter starken Schicht einige Tage zum Trocknen liegen gelassen. Dann wird die Schicht wie Torf gestochen und vor dem Hause oder auf dem Hausboden aufgeschichtet. Die Ditten brennen ganz vorzüglich, nur geben sie sehr viel Asche und entwickeln einen süßlichen Geruch. Die mit Ditten geräuchernden Wurstwaren sollen übrigens ganz vorzüglich schmecken.

\*

### Wann wird geerntet?

Wir in Deutschland sind gewohnt, den August als Erntemonat zu bezeichnen, und wir verbinden damit die Auffassung, daß um diese Zeit in der ganzen Welt geerntet wird. Wie falsch diese Meinung ist, mag die nachstehende Zusammenstellung zeigen, die die Haupterntemonate der einzelnen Länder nennt. Im Januar wird geerntet in Argentinien, Australien, Chile und Neuseeland; im Februar in Indien, im März in Oberägypten, im April in Unterägypten, Kleinasien, Kuba, Mexiko und Syrien, im Mai China und Japan sowie Teile von Nord- und Süditalien, Juni ist die Haupterntezeit in Südeuropa, Juli in Nordfrankreich, Oesterreich, Ungarn, Südrußland, August in Deutschland und einigen gleichgelagerten europäischen Staaten, September in Nordeuropa, Oktober in Peru, November in Südafrika und Dezember in Südaustralien.

\*

### Das Sprachenproblem in der Schweiz

Zu den in sprachlicher Beziehung wenig einheitlichen europäischen Ländern gehört die Schweiz, in der je nach Lage der Kantone Deutsch, Französisch oder Italienisch vorherrscht. Daneben spricht etwa ein Prozent der Bevölkerung eine romanische Mundart, die nicht dem Italienischen oder Französischen gleicht, und etwa 1/2 Prozent spricht noch andere Muttersprachen. Die deutsche Sprache ist vorherrschend mit rund 71 Prozent. Es folgt das hauptsächlich in den Kantonen Freiburg, Waadt, Valais, Neuchâtel und Gené gesprochenen Französisch mit 21 1/2 Prozent und das im Kanton Tessin vorherrschende Italienisch mit 6 Prozent. Die erwähnte romanische Mundart ist am stärksten im Kanton Graubünden vertreten. Trotz dieser großen Sprachenverschiedenheit ist das damit eng zusammenhängende Minderheitenproblem in der Schweiz jedoch vorzüglich gelöst!

\*

### Hier können Familien Kaffee kochen . . .

Die von Berlin ausgehende Sitte, in den Gartenlokalen den mitgebrachten Kaffee auszubrühen, hat mit dem Anwachsen der Zahl der Gartenlokale sich über ganz Deutschland verbreitet. Was allerdings dazu geführt hat, den Familien in den Lokalen das Kaffee kochen zu gestatten, ist wohl kaum bekannt. Um das Jahr 1780 hatten sich auf dem damals im Besitz der königlichen Familie befindlichen Berliner Vorwerk Treptow einige Gastwirte angefiedelt, die Sonntags bei den zahlreichen nach Treptow pilgernden Ausflüglern ein recht gutes Geschäft machten. Sie waren jedoch dem König Friedrich Wilhelm III. ein Dorn im Auge, und er verbot ihnen kurzerhand den Verkauf von Erfrischungen. Die Gastwirte wußten sich aber zu helfen. Da heißes Wasser keine Erfrischung ist, verkauften sie heißes Wasser an die Ausflüglern, die sich damit ihren Kaffee selber brauten. Und seitdem „können Familien Kaffee kochen“.

\*

### Die Telegraphenpflanze

In großen Gärtnereien und in den botanischen Gärten kann man häufig eine Pflanze beobachten, die als Telegraphenpflanze bezeichnet wird und die zu den eigenartigsten Gewächsen gehören dürfte. Ein bis zu 1 Meter hoher gerader Mittelstiel führt senkrecht in die Höhe. Von ihm zweigen etwa dreißig Blattstiele ab, deren jeder drei Blätter trägt, und zwar ein großes Mittelblatt und zwei ganz kleine Seitenblätter. Sobald die Temperatur über 22 Grad Celsius steigt, bewegen sich die Seitenblätter deutlich bemerkbar auf das große Hauptblatt zu und wieder zurück. Dieses sicher recht merkwürdige Gewächs stammt aus Indien und ist in Deutschland etwa 150 Jahre bekannt.

\*

### Gemischlehre und Klangversaffer

Wenn man sich mit fremden Sprachen beschäftigt, wird man darin oft Eigentümlichkeiten finden, die wir im Deutschen nicht kennen und die uns deshalb recht eigenartig anmuten. Im Ungarischen z. B. fällt es auf, daß fast keine Fremdwörter vorhanden sind, sondern daß wir dafür oft recht originelle Wortverbindungen finden. So kann das ungarische Wort für Chemie wörtlich mit Gemischlehre übersetzt werden; der Kompositum ist im Ungarischen ein Klangversaffer, der Klassiker ein Meisterstückschreiber, Kapital heißt Stammgeld, System wird mit Ordnungsart übersetzt, Diät mit Nahrungsordnung, Katalog mit Namentreihe, Aktie mit Teilzettel und Appetit mit Eßlust.

\*

### Schulsausflug Anno 1870

Um das Jahr 1870 rüstete das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Berlin zu einem großen Tagesausflug nach Finkenkrug. Um das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, sollte dort nach alten griechischen Quellen die Schlacht von Kunaxa (401 v. Chr.) dargestellt werden. Wochenlang vorher mußten die Schüler griechische Schlagspiele und griechische Kommandos auswendig lernen. Befenspiele wurden in Lanzen verwandelt, aus Pappaseln wurden Schilde hergestellt und allerlei andere Ausrüstungsgegenstände. Nach zeitgenössischen Berichten soll es in Berlin großes Aufsehen erregt haben, als die Quartaner, Terzianer, Sekundaner und Primaner in vollem Kriegsschmuck von der Schule zum Lehrter Bahnhof zogen, um draußen im Walde die Schlacht zu rekonstruieren, die vor über 2000 Jahren geschlagen worden war.

## Vom Menschen

Die stoffliche Zusammenziehung des Menschen ist längst auf das genaueste untersucht worden. Die Ergebnisse interessieren den Laien wenig, der mit dem reinen Zahlenmaterial nichts anzufangen weiß, frapieren aber, wenn man Vergleiche zieht, wie zum Beispiel, daß ein Mensch von Durchschnittgröße in seiner stofflichen Zusammenziehung der von zirka 1000 Hühneriern entspricht. Oder aber, daß der menschliche Körper soviel Kohlenstoff, nämlich 10 Kilogramm, enthält, der, in Graphit umgewandelt, Material für 66 Gros Bleistifte ergeben würde. Der Sauerstoff und Stickstoffgehalt würde zur Füllung eines Ballons ausreichen, der bequem einen Menschen tragen kann. Sieben starke Hufnägel kann man aus dem Eiweißgehalt der roten Blutkörperchen herstellen und aus dem Phosphor, der zur Vergiftung von 550 Menschen ausreicht, ließen sich 800 000 Streichhölzer mit Köpfen versehen. Das Kochsalz würde 23 Teelöffel füllen, das Fett genügen, um daraus 65 Lichte herzustellen. Trotzdem das menschliche Skelett aus über 200 Knochen besteht, macht der Wassergehalt des Körpers ungefähr 54 Prozent des Gesamtgewichtes aus.

Der erwachsene Mensch atmet in der Minute 19—21mal, der Säugling 40—45mal. Innerhalb 24 Stunden werden durchschnittlich 9 Kilogramm Kohlenäure durch die Atmung ausgeschieden. Das menschliche Herz schlägt in der Stunde rund 5000mal, 120 000mal am Tage, 43 830 600mal in einem Jahre, so daß ein 50jähriger über 2 Milliarden Herzschläge absolviert. Eine Uhr dagegen tickt bei einer Lebensdauer von 50 Jahren 7 1/2 Milliarden mal. Berücksichtigt man, daß das harte Metall viel robuster ist, so erscheint die Leistung des menschlichen Herzens wesentlich höher.

Ein Durchschnittsmensch, der ein Alter von 72 Jahren erreicht, verbringt sein Leben ungefähr auf folgende Weise: Mit Schlafen 23 Jahre, 9 Monate, mit Arbeit 19 Jahre 10 Monate, mit Erholung 10 Jahre, mit Essen und Trinken 6 Jahre 5 Monate, mit Reisen 4 Jahre 6 Monate, mit Krankheit 5 Jahre und mit An- und Auskleiden 2 1/2 Jahre.

Die roten Blutkörperchen eines Erwachsenen würden, legte man sie wie Geld nebeneinander, eine Strecke von 187 500 Kilometer bedecken, das heißt also eine Strecke, die 4,75mal so lang ist wie der Äquator. Zirka 8000 Jahre ununterbrochener Arbeit bedürfte es, die in den 5 Litern Blut enthaltenen roten Blutkörperchen des Menschen zu zählen, wenn man in jeder Stunde 100 von ihnen aufzählte.

Könnte man die Blutkörperchen zweier Menschen als Baumaterial benutzen, so könnte man mit ihnen eine Brücke bauen, die bis zum Mond reicht. Ein D-Zug mit 70 Kilometer Stundengeschwindigkeit brauchte rund 110 Tage, um die Strecke der nebeneinandergelegten Blutkörperchen entlangzufahren. Während die roten Blutkörperchen in eine Fläche nebeneinandergelegt, 1400 Quadratmeter bedecken würden, würden die 35 Milliarden weißer Blutkörperchen nur 10 Quadratmeter bedecken und nebeneinandergelegt eine Strecke von 350 Kilometer Länge ergeben.

R. C. R.

## Frauenmode und Krise

Es bedarf keines Beweises, daß die Frauen der arbeitenden Klasse genau wie ihre Männer unter der großen Wirtschaftskrise zu leiden haben. Eigentlich haben die Frauen diese schlechte Zeit noch mehr zu fühlen als die Männer. Bei den sogenannten besseren Schichten scheint dies nicht immer der Fall zu sein. Im „B. L.“ vom 3. Januar redet die bekannte Frauenrechtlerin Alice Salomon den sogenannten „besseren“ Frauen ins Gewissen, den erhöhten Aufwand etwas einzuschränken und die ins Uferlose gestiegenen Aufwendungen etwas zurückzuführen. Die Frauen wären berufen, durch die Rückkehr zur Einfachheit dem Mann das Durchhalten in der Krise zu ermöglichen. Dann heißt es wörtlich: „Müssen wir uns in dieser Zeit der Depression eine Mode gefallen lassen, die den Preis der Kleider in den letzten Jahren auf das Doppelte erhöht hat? War nicht die Freude der Textilindustrie, den Frauen wieder einen gesteigerten Verbrauch an Stoff aufzuzwingen zu haben, verfrüht und die Rechnung falsch gemacht? Denn was nützt ihnen und den Schneidern der verdoppelte Absatz, wenn die Hälfte der Kunden die Rechnung nicht bezahlt? Es ist einfach nicht wahr, daß in schlechten Zeiten der Luxus die Kaufkraft erhöht. Er schafft nur ungesunde und unmoralische Zustände. Er schafft eine allgemeine Unsicherheit. Er unterwühlt das Geschäftsleben. Er gefährdet die Existenz mancher Familie. Er vernichtet den Ruf deutschen Wesens.“ Den Frauen der Arbeiterschaft braucht eine solche Strafpredigt nicht gehalten zu werden. Aber es ist in der Tat so, daß man in dieser schweren Depressionszeit manchmal einen Luxus beobachten kann, der zu dem Massenelend im stärksten Widerspruch steht.

## Die soziale Lage des Kindes

Die bekannte italienische Erzieherin Maria Montessori sprach kürzlich in der Berliner Universität über die Lage des Kindes und anschließend daran über Erziehungsfragen. Frau Montessori hob hervor, daß nicht der Erwachsene das Kind formt, vielmehr das Kind sich selbst durch eigene Aktivität. Die Erwachsenen könnten zur Entwicklung des Kindes viel beitragen, wenn sie ihm eine Umgebung schaffen, die der Entwicklung förderlich ist. Im wesentlichen führte die Vortragende weiter aus: Wir Erwachsenen tun in der Regel das Gegenteil und zwingen das Kind vielmehr in unsere, von der Natur abgewandte Umgebung hinein, wir hindern geradezu seine natürliche Entwicklung, indem wir es nicht nach seiner Eigenart spielen und arbeiten lassen, sondern ihm immer den Stempel unseres Willens aufdrücken. Der Erwachsene sieht gewissermaßen im Kinde seinen Sklaven, der seinen Wünschen folgen muß; er behandelt es von vornherein als minderwertig. Diese falsche Einstellung hemmt das Kind, statt es zu fördern. Der eigene Wille des Kindes wird gelähmt, während er an kindgemäßen Beschäftigungen erstarken sollte. Man kann ein Kind nicht zum Verantwortungsfühl bringen, wenn man ihm nicht die Verfügung über seine Zeit gibt und ihm die Freiheit der Betätigung gewährt. Vor unseren Augen, fast sozusagen gegen uns, lernt das Kind seine Kraft gebrauchen, seine Begriffe zu bilden, seine Intelligenz zu formen. Und wenn es unter unendlichen Anstrengungen und Leiden; die ein Erwachsener kaum ahnen kann, seine Arbeit an sich vollendet hat, ist es selber erwachsen und hat schon vergessen, wie es als Kind fühlte.

## Das zähe Leben der Frauen

In Preußen wurden im Jahre 1926 29 Einwohner (12 Männer und 17 Frauen) 100 Jahre alt. In den folgenden Jahren war das Ergebnis folgendes: 1927: 18 (4 bzw. 14), 1928: 17 (6 bzw. 11), 1929: 12 (4 bzw. 8) und 1930: 30 (7 bzw. 23). In den fünf eingezogenen Jahren wurden 106 preußische Bürger 100 Jahre alt. Die Frauen stellten mit 73 beinahe mehr als zwei Drittel der Gesamtzahl. Diese Angaben erhärten die Erkenntnis, daß die Frauen im allgemeinen länger leben als die Männer.

## Bücher und Zeitschriften

Illustrierte Nechbonner-Zeitung. Erscheint wöchentlich. Postabonnements monatlich 90 Pfg. Postankalten und Verlag J. S. W. Dies, Berlin SW 68, nehmen Bestellungen an.  
„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.  
„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift, Ausgabe A Preis 35 Pfennig, Ausgabe B (m' Schnittmutterboden) 45 Pfennig. Verlag J. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postankalten und Buchhandlungen.